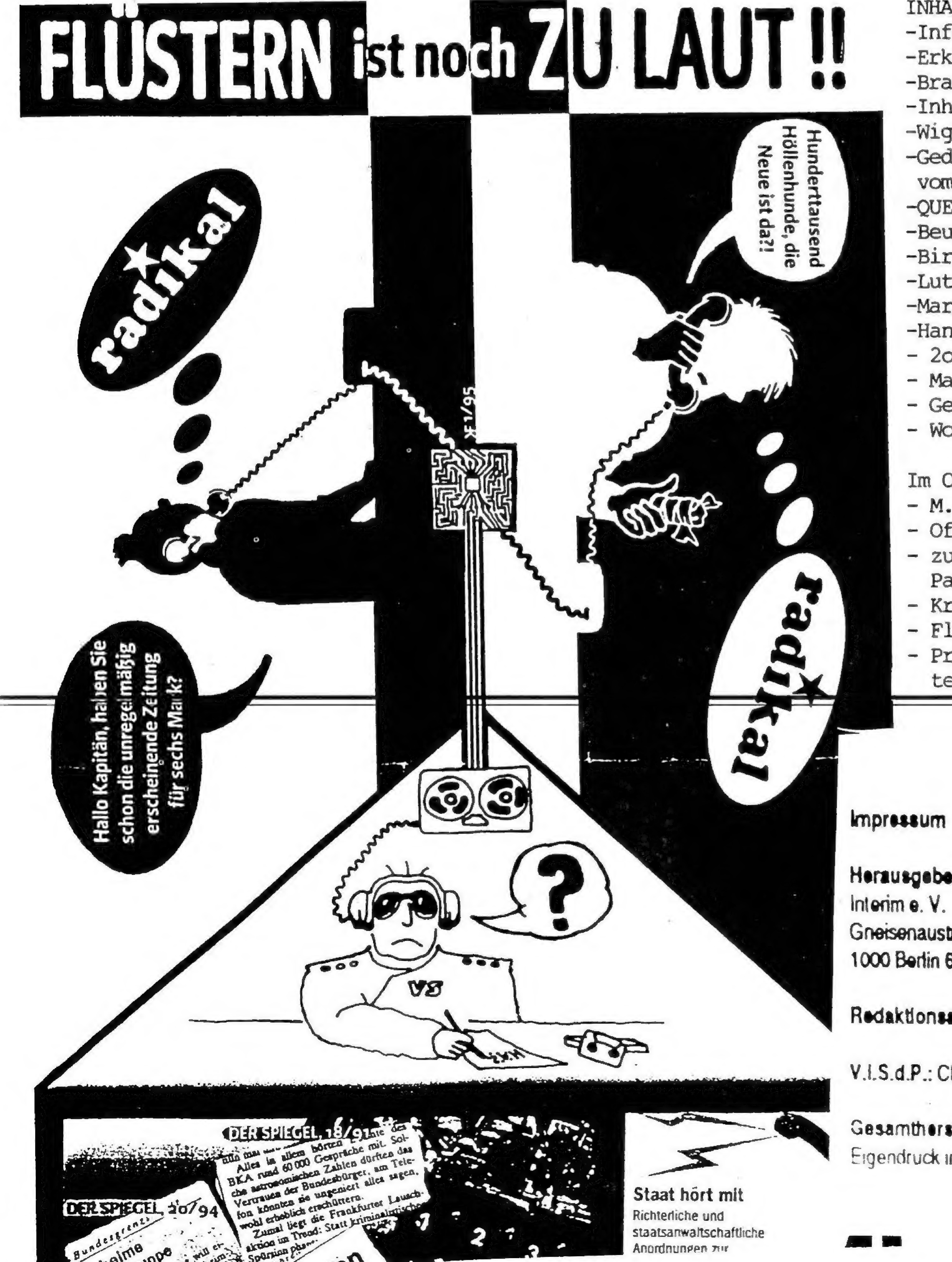
ich les' sie ich les' sie nicht

INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info

Nr. 361

1.2.1996

So,da sammer wieder - froh und dankbar,daß vor Allem wegen des langen Fortsetzungsartikels zu Computern und Sicherheit namens "Informations-Ausgleichsstelle",nun doch noch ein stattliches Heftchen zustande gekommen ist.
Denn ansonsten war das Postfach bis kurz vor Toresschluß nur spärlich gefüllt.Aber gejammert wird genug und erfreulicherweise glänzten dann doch noch Papiere wie die Erklärung der Gruppe F.S.H.W...,ein weiteres "Wort zum Donnerstag","Einige Gedanken zur Päderastie Veranstaltung"und andere aus der vormaligen Leere hervor.
Daß ihr Partyankündigungen und Veranstaltungstips (mit viel Mühe layoutet) gerne großformatig auf der Rückseite sehen wollt ist schön,dafür müssen sie aber früher auftauchen.
Was sonst noch auf den folgenden 30 Seiten zu lesen ist,könnt ihr nun selbst rausfinden,wir verraten nur soviel,daß wieder einige Seiten mit dem unerfreulicherweise immer aktuellen Thema Proßesse,Knast...Repression halt, behaftet sind.Dabei findet ihr auch einen Text aus Italien,geschrieben von Marco Camenisch,-der von uns nur in Auszügen abgetippt wurde--die vollständigen 9 Seiten sind im Ordner.Welche/r mehr Infos zu den Durchsuchungen von anarchistischen Strukturen in Italien hat soll diese mal rüberreichen.
p.s.Es heißt das der Staatsschutzspitzel Steinmetz nun von seinen ehemaligen Arbeitgebern per Haftbefehl gesucht wird,auch hierbei wären genauere Infos klasse.



INHALT

Im Ordner zu finden:
- M. Camenisch zu Durchsuchunden
- Offener Brief demokrat.Gewerkschafter
- zum Wuppertaler Staatsschutz und Parteipropaganda der "Autonomen Liste"
- Kritik am Artikel "TierRECHTE" im Antifa-Info
- Flugblatt von BP
- Prospekt zu Veranstaltungsreihe Reproduktions=technologien im KOMM zu Nürnberg

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

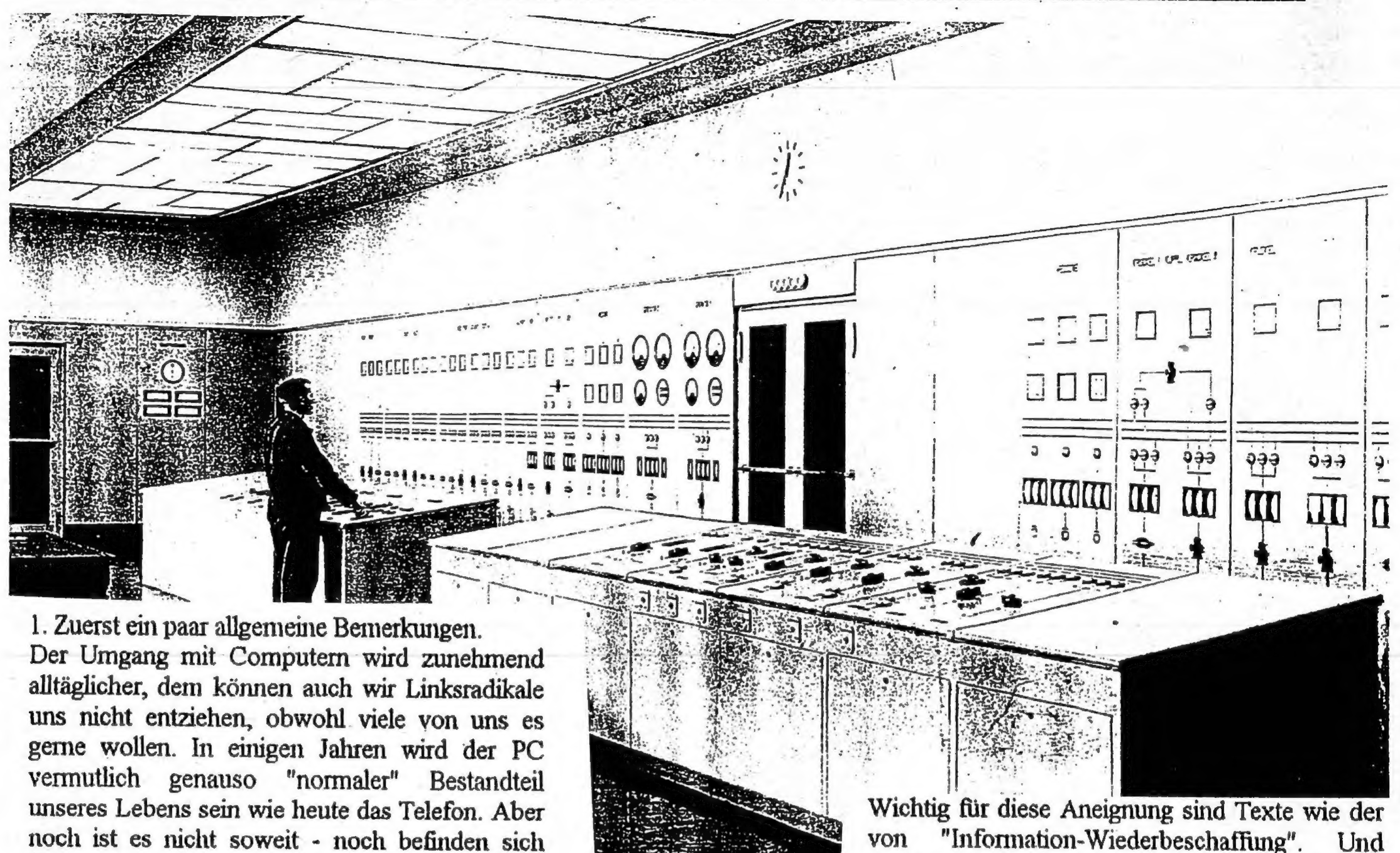
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INFORMATIONS-AUSGLEICHSSTELLE

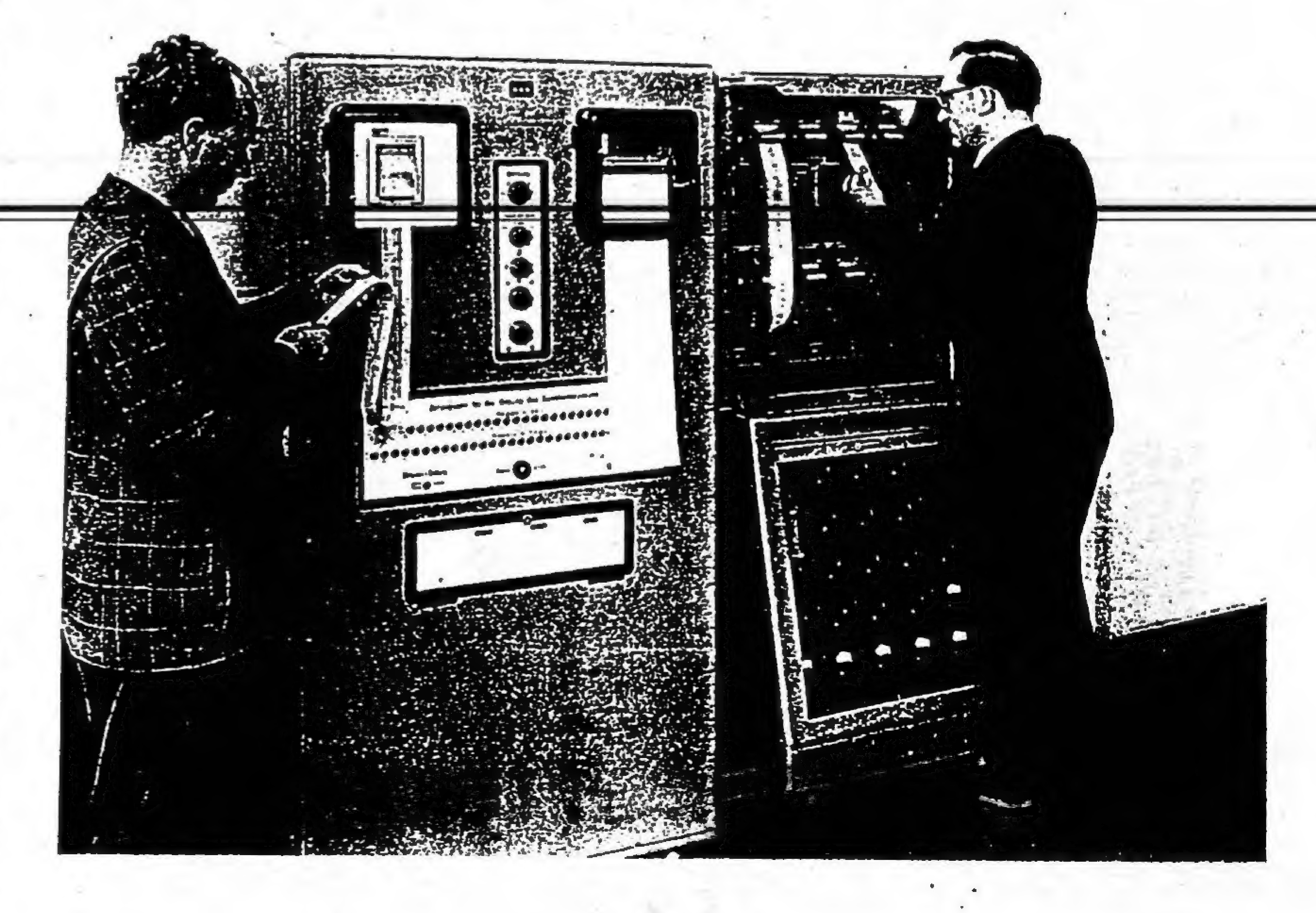
Ergänzungen zum Text der "Information-Wiederbeschaffung"

(Interim 357 vom 21.12.95)



1. Zuerst ein paar allgemeine Bemerkungen.
Der Umgang mit Computern wird zunehmend alltäglicher, dem können auch wir Linksradikale uns nicht entziehen, obwohl viele von uns es gerne wollen. In einigen Jahren wird der PC vermutlich genauso "normaler" Bestandteil unseres Lebens sein wie heute das Telefon. Aber noch ist es nicht soweit - noch befinden sich Computer für viele Menschen in einer Grauzone. Sie sind meist ein sehr spezielles Werkzeug, dessen Funktionsweise den einzelnen fremd ist. Nur wenige können (oder wollen) mehr damit anfangen als ihr ganz spezielles Programm drauf laufen zu lassen, sei es ein Textprogramm zum Schreiben von Flugblatt oder auch Diplomarbeit, ein Arbeitsprogramm für die Buchhaltung im Kollektiv oder was auch sonst. Das bedeutet meist auch, auftretende Fehler nicht selbst beheben zu können und immer wieder auf Experten, selten Expertinnen, angewiesen zu sein, die die Kiste optimal einstellen und Fehler beheben. Durch bedienungsfreundliche "Oberflächen" wie "Windows" wird diese Abhängigkeit weiter aufrechterhalten und gleichzeitig durch die zunehmende Komplexität der Vorgänge unterhalb dieser "Oberfläche" ein Haufen neuer Probleme geschaffen, vor allem in dem Bereich, der unsereins oft beschäftigt: Wie schützen wir uns und unsere Daten/Informationen vor Schnüfflern.
Darum führt wohl kein Weg daran vorbei, zumindest ein paar spezielle Bereiche der Computer für mehr Menschen als nur die "ExpertInnen" verständlich und handhabbar zu machen. Und diejenigen, die mit Computern arbeiten, werden nicht drumrumkommen, sich dieses spezielle Wissen anzueignen. (Sie werden dabei nebenbei rasch bemerken, daß Computer genau genommen die Arbeitszeit der Menschen nicht verringern, sondern leider im Gegenteil absolute Zeitfresser sind.)

Wichtig für diese Aneignung sind Texte wie der von "Information-Wiederbeschaffung". Und problematisch wird es, wenn es auf Texte von "ExpertInnen" Erwiderungstexte von anderen "ExpertInnen" gibt, wobei dann oft die einen ExpertInnen etwas ganz anderes sagen als die anderen oder sich möglichst noch streiten und gegenseitig die Kompetenz absprechen, bis am Ende die "Laien" niemandem mehr glauben und verunsichert sind. Deshalb hier ganz ausdrücklich: Dieser Text ist nicht als Einstieg in den Hahnenkampf gedacht, sondern versteht sich als Ergänzung!!



2. Nun zu den einzelnen Abschnitten der "InformationWiederbeschaffung" (IWB)!

*** Abhören**

Das Mißtrauen gegenüber Windows 95 und Internet ist absolut berechtigt. Was das Abhören durch Geheimdienste wie BND oder NSA angeht, so gibt es Angaben, nach denen **alle** grenzüberschreitenden Telefonate und E-Mails (z.B. Internet, Mailboxen) abgehört werden. Sie können dabei nicht nur nach Zielworten, sondern auch nach Zieladressen/-absendern und im Telefonverkehr sogar nach Stimmfrequenzen abgesucht werden. Wie flächendeckend das tatsächlich eingesetzt wird, ist allerdings nicht bekannt.

Das eine ist dieses flächendeckende Abhören bestimmter öffentlich zugänglicher Kanäle. Das andere ist das konkrete Abhören bestimmter Geräte. Das ist zum Glück doch noch recht aufwendig. Zur Erläuterung: Jedes Gerät, das mit elektrischem Strom betrieben wird, erzeugt dabei ein elektromagnetisches Feld, dessen Schwingungen mit einer Antenne aufgefangen und dann ausgewertet werden können. Das betrifft nicht nur einen Computer, sondern genauso eine Typenrad-Schreibmaschine, eine Waschmaschine oder ein Bügeleisen. Um ein solches Gerät "abhören" zu können, müssen vor allem zwei Bedingungen erfüllt sein: Erstens muß das Feld so groß sein, das heißt die Schwingungen stark genug, daß die Antenne verwertbare Daten auffangen kann, zweitens müssen die AbhörerInnen eine ungefähre Vorstellung davon haben, *was* für ein Gerät sie da gerade abhören. Das zweite dürfte für Geheimdienste nicht das Problem sein, was aber die Frage der Stärke der Abstrahlung und deren Empfang angeht, kommt es sehr darauf an:

Erstens, wie stark ist die Abstrahlung des Gerätes selbst. Das hängt von Spannung, Stromstärke und Frequenz ab. Grundsätzlich strahlen alle stromleitenden Materialien des PC ab: Die Leiterplatten und Mikroprozessoren im Inneren des PC; die Kabel dazwischen und die, die zum Bildschirm, zum Drucker, zur Steckdose etc. führen; der Bildschirm selbst, wobei ein Farb-Monitor stärker strahlt als ein schwarzweißer; ein PC-Metallgehäuse (ein Plastikgehäuse nicht). Auch das in der Nähe verlaufende Heizungsrohr kann zum Schwingen gebracht werden und strahlt dann ebenfalls ab, ebenso wie Telefonleitungen oder Stromkabel... Die Stärke dieser Abstrahlung ist aber sehr unterschiedlich.

Das Paradebeispiel für das Computer-Abhören ist der normale PC-Bildschirm, bei dessen Betrieb hohe Spannung und darum auch ein starkes (=weitreichendes) elektromagnetisches Feld entsteht. Auch längere Kabel sind ein Schwachpunkt, weil sie wie Sende-Antennen wirken. Drucker arbeiten meist mit vergleichsweise hoher Leistung, zumindest Nadeldrucker, und strahlen darum auch stark ab. Dagegen ist die Abstrahlung der "Innereien" des PC eher gering.

Zweitens, trägt die Abstrahlung eine verwertbare Information. Ein Bildschirm wird durch das sogenannte Video-Signal gesteuert, und wer dieses Signal auffängt, kann auf einem anderen Bildschirm dasselbe Bild erzeugen. Möglich ist das auch bei Signalen, die Daten übermitteln (Modem z.B.). Die Signale, die den Drucker steuern, und die Signale, die bei Tippen auf der Tastatur erzeugt werden, sind schwieriger auszuwerten. Vermutlich setzen sie zumindest die Kenntnis des benutzten Gerätetyps voraus. Die Abstrahlung des Zentralen Prozessors im Kern des PC (der sogenannten CPU) ist vermutlich nicht mehr oder nur noch unter Labor-Ideal-Bedingungen verwertbar.

Drittens, wovon wird die Abstrahlung bzw. der Empfang beeinflußt. Da gibt es zum einen Hindernisse aller Art, Metallteile, Wände, Fenster, die alle einen mehr oder weniger großen Effekt auf die Strahlung haben: Sie dämpfen und reflektieren sie und verringern so die Reichweite. Zum anderen gibt es - gerade in der Großstadt - viele andere Strahlungsquellen, die den Empfang stören. Zwar läßt sich mit moderner Technik ziemlich viel störender "Lärm" herausfiltern, ähnlich wie bei Richtmikrofonen, wo erschreckend viele Nebengeräusche weggefiltert werden können. Aber dennoch werden die vielen umherschwirrenden Strahlungen den Empfang beeinträchtigen.

Viertens, wieviel Theorie läßt sich in die Praxis übertragen; wie gut funktioniert die Empfangstechnik, wie gut ausgebildet sind die, die sie anwenden.

Wie sieht das alles in der **Praxis** aus? In den letzten Jahren gab es hin und wieder Berichte in den Medien über das Abhören von PCs. Diese bezogen sich stets auf das Abhören von Bildschirmen, die wie gesagt eine der Hauptstrahlungsquellen sind. Daneben gibt es bekannte Untersuchungen zur Abstrahlung von Tastaturen, zur Gesamtabstrahlung von PCs und zum sog. "Überkoppeln" auf Leitungen in unmittelbarer Nähe zu PC-Kabeln. Die Medienberichte zum Thema erwecken leicht den Eindruck, als ob es nur so wimmelt von Computer-Profis, die abhörend durch die Stadt ziehen, weil ja alles so leicht ist (gängigerweise heißt es, dazu genüge eine einfache Dipol-Antenne und ein Videorekorder sowie ein Fernseher). Zum Glück ist es nicht ganz so leicht. Es ist aber eine gut duchführbare Abhör-Methode, die bei westlichen Geheimdiensten seit Anfang der 80er Jahre bekannt ist. Die verwertbare Abstrahlung eines PC-Bildschirms kann, je nach äußeren Umständen, mehrere hundert Meter weit aufzufangen sein. Das setzt aber voraus, daß sich keine oder nur wenige Hindernisse zwischen PC und Abhörantenne befinden, d.h., daß unter Großstadt-Bedingungen diese Reichweite sehr viel geringer ausfallen dürfte, ähnlich der eines guten Richtmikrofones.

Wenn nun aber kein normaler Bildschirm verwendet wird, sondern ein LCD-Bildschirm wie bei Notebooks (=Laptops), wird sich die Abstrahlung erheblich verringern. Zwar wird auch beim Notebook ein Videosignal erzeugt, doch es entfällt die hohe Spannung beim Betrieb des normalen Bildschirms und das lange Kabel zum Bildschirm, das wie eine Sende-Antenne wirkt. Die Reich-weite der verwertbaren Abstrahlung geht dadurch im Nomalfall - und je nach Gerätetyp - auf vermutlich um die 30m zurück[1]. Wenn dann noch die möglichen Stör-/Dämpfungsfaktoren einbezogen werden, dürfte das Abhören eines Notebooks über den Bildschirm nur noch unter außergewöhnlich günstigen Bedingungen möglich sein. Die sonstige Abstrahlung des Notebooks ist wie beim PC einzuschätzen, d.h., verwertbare Signale in ausreichender Stärke werden im wesentlichen von Kabeln ausgestrahlt. Was hier leider nicht beantwortet werden kann ist die Frage, inwieweit verwertbare Schwingungen über das Stromkabel ins Stromnetz übertragen werden können; es gibt dazu widersprüchliche Angaben. Es läßt sich aber allgemein sagen: Wer ein Notebook abhören möchte, braucht dazu erstens Technik einer Güteklasse, die schon ziemlich teuer ist und nicht überall zu haben ist, und zweitens muß er/sie sehr nah ran an das Ziel. Und das wirft die Frage auf: Für welchen Anlaß wird welcher technische, personelle, finanzielle Aufwand betrieben?

Geheimdienste und Großkonzerne verfügen bekanntermaßen über ein ziemliches technisches Horrorkabinett und über viel Geld. Aber das setzen sie heutzutage meistens gegen andere Geheimdienste und Großkonzerne ein. Es gibt unterhalb dieser High-Tech-Schwelle noch eine ganze Menge Möglichkeiten, politische Opposition zu bekämpfen und zu überwachen. Während die flächendeckende Überwachung von Kommunikationsmitteln tägliche Routine der Geheimdienste ist, ist das direkte Ausforschen von Personen oder Gruppen etwas, wofür schon ein ziemlich "guter" Grund vorhanden sein muß.

Wer sich für Staatsfeind No.1 hält, weil er/sie mal eine Demo angemeldet hat oder ein Flugblatt mitverfaßt hat, macht sich das Leben unnötig schwer. Wer dagegen verdächtigt wird, zur RAF zu gehören, kann schon eher damit rechnen, daß in die Nachbarwohnung der Verfassungs-schutz einzieht und durch die Wand lauscht.

Wer als LinksradikaleR davon ausgeht, daß normale Monitore und Drucker evtl. abgehört werden, der Rest jedoch (incl. Notebooks oder elektrischen Schreib-maschinen) wegen zu schwacher Abstrahlung und darum zu hohem Abhör-Aufwand unerforscht bleibt, ist derzeit sicher nicht zu leichtsinnig.

[1] Zugrundegelegt ist dabei ein Abstrahlungs-Höchstwert von unter 15dBµV/m, der allerdings nicht gemessen, sondern als aktueller Durchschnittswert angenommen wurde.

* Verschlüsselung und Paßwörter

* Verschlüsselung

Im Verfahren gegen die "radikal" behauptet die Bundesanwaltschaft, verschlüsselte Disketten geknackt zu haben. ___Wenn das stimmt, ist es ein unverantwortlicher Leichtsinn und eine Geringschätzung anderer, daß diejenigen, die darüber Bescheid wissen, sich nicht dazu äußern!___ Es gibt verschiedene Verschlüsselungs-Programme, und ihre Qualität ist sehr unterschiedlich und wird ständig in Fachkreisen diskutiert und hinterfragt. Dabei hat sich in den letzten paar Jahren eine Auffassung durchgesetzt, die allerdings einen wichtigen Nachteil hat: Kein Geheimdienst hat sich an der Debatte beteiligt - wen wundert's. Darum ist jede Information über Versuche der Sicherheitskreise, Ver-schlüsselungen zu knacken - ob erfolgreich oder erfolglos - von Bedeutung. Die erwähnte Auffassung, die sich durchgesetzt hat, sieht so aus: Der allgemein in kommerziellen Ver-schlüsselungs-Programmen benutzte Standard DES (offiziell von der US-Regierung vorgegebener "Data Encryption Standard") wird als unsicher angesehen. Das betrifft Programme wie z.B. "PCSecure" und "Norton Diskreet", die vermutlich einem Angriff von Sicherheitsbehörden je nach eingesetzter Rechnerleistung oder geheimer Kenntnis von Schwachpunkten höchstens Wochen, wahrscheinlicher jedoch nur Minuten oder Sekunden standhalten. Die in "PGP" verwendeten Standards RSA, IDEA und MD5 werden jeder für sich als derzeit sicher angesehen, d.h.: es ist derzeit kein Rechenverfahren bekannt, das es erlaubt, den Schlüssel anders herauszufinden als durch das Ausprobieren aller nur möglichen Kombinationen, was mit heutzutage verfügbarer Computerleistung auch den Geheimdiensten nicht in vertretbaren Zeiträumen möglich ist[2]. Es gibt in der bisherigen Diskussion - soweit bekannt - keine grundsätzliche Kritik an den in PGP benutzten Standards[3]. Alle Debatten über mögliche Schwachpunkte sind äußerst theoretisch und behandeln Sonderfälle, die hier zu weit vom Thema ablenken würden. Es wäre darum sehr wichtig, zu wissen, mit welchem Programm geknackte Disketten verschlüsselt wurden und welche Qualität das "Paßwort" hatte.

* Paßwörter

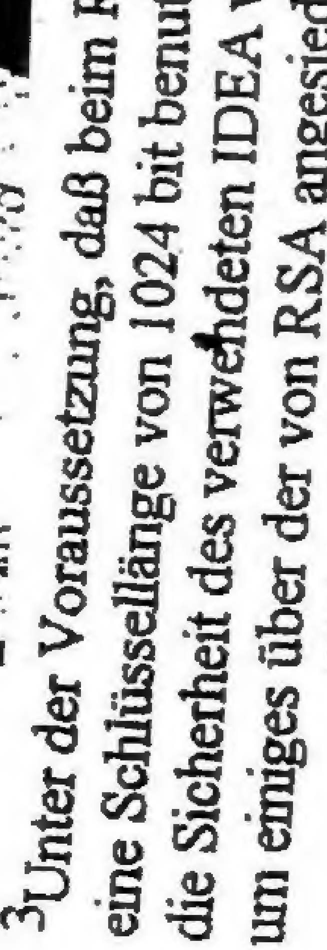
Wenn heutzutage jemand versucht, elektronisch verschlüsselte Daten zu knacken, wird er/sie vermutlich nicht den "direkten" Angriff auf den ver-schlüsselten Text versuchen - zumindest dann nicht, wenn er/sie feststellt, daß ein gutes Verschlüsselungsprogramm benutzt wurde. Viel naheliegender ist der Angriff auf das Paßwort. (Bei moderner elektronischer Verschlüsselung ist das Paßwort nicht gleichzusetzen mit dem Schlüssel - ein weit verbreiteter Irrtum ist, daß das Paßwort selbst zur Verschlüsselung des Textes benutzt wird. In Wirklichkeit ist das Paßwort nur ein Zugangsschutz für den eigentlichen Schlüssel, der in einer möglichst komplizierten mathematischen Operation vom Rechner erzeugt wird.) Ein Paßwort soll ja möglichst nicht aufgeschrieben werden, also nimmt mensch eines, das mensch sich merken kann, und damit sinkt die Zahl der möglichen Kombinationen schon mal gewaltig. Für das Knacken von Paßwörtern gibt es heutzutage ganze Datenbanken - und die Geheimdienste haben sicher größere als die, die frei verkäuflich sind -, in denen von Suaheli-Sprichwörtern bis zu Shakespeare-Zitaten kaum vorstellbare Massen von möglichen Paßwörtern bzw. -sätzen gespeichert sind.

Es ist schwer, allgemeinverbindliche Regeln aufzustellen zur Sicherheit von Paßwörtern. Den Tips von IWB ist hinzuzufügen: Ein Paßwort, das aus nur 14 Zeichen besteht, muß tatsächlich extraordinär kompliziert sein. Es könnte z.B. so aussehen: Ih3ä*kI6%<[]/#. Nur dann ist gewährleistet, daß die Codebrecher gezwungen sind, nach dem erfolglosen Durchrattern ihrer Datenbanken wirklich alle möglichen Zeichenkombinationen auszuprobieren (was bei 14 Zeichen tatsächlich unvertretbar lange dauern würde; die Risikogrenze dürfte bei 10-12 Zeichen liegen). Aber wer kann sich ein solches Paßwort merken?

Sehr viel wirklichkeitsnäher ist die Annahme eines einigermaßen merkbaren Paßwortes, und dann sind 14 Zeichen **viel zu wenig**! Um eine Sicherheit zu erreichen, die etwa der des elektronischen Schlüssels entspricht, mußt du von mindestens 50 Zeichen ausgehen. Diese 50 Zeichen dürfen natürlich trotzdem kein bekanntes Sprichwort o.ä. sein, aber sie können wenigstens aus sinnvollen Einzelwörtern bestehen oder aus einem bestimmten Satz.

Der größte Unsicherheitsfaktor dabei bleibt aber der "menschliche Faktor": Wer versucht, dein Paßwort zu erraten, wird zuerst dein Umfeld, deine Interessen erforschen und nach Eselsbrücken und Hinweisen suchen. Wenn bei den Razzien am 13.6.95 Disketten beschlagnahmt wurden und Bullen oder Geheimdienstler sich intensiv darum gekümmert haben, werden sie auf der Suche nach Paßwörtern sicher eher Kombinationen wie "Ente gut, alles gut" oder "wer sich nicht wehrt lebt verkehrt" ausprobiert haben als "Parteispende wg. Dr.Kohl"...

Macht euch ruhig die Mühe und überlegt euch lange Paßwörter bzw. -sätze, die nicht typisch für euch sind - es lohnt sich!



[2] Grundlage für Rechnungen dieser Art ist die (äußerst pessimistische) Annahme, daß mit der heutzutage maximal verfügbaren Rechnerleistung bei den schlimmsten Geheimdiensten pro Sekunde 10 hoch 17, also pro Tag ca.10 hoch 22 mögliche Kombinationen ausprobiert werden können (also eine 1 mit 22 Nullen!). Diese Zahl vergrößert sich jedes Jahr mit dem technischen Fortschritt erheblich; was heute noch völlig sicher ist, kann in zehn Jahren schon zum alten Eisen gehören. Andererseits ist es in der Realität auszuschließen, daß diese gesammelte Rechnerleistung auf die verschlüsselten Daten irgendeiner linksradikalen Combo angesetzt wird...

[3] Unter der Voraussetzung, daß beim RSA-Teil eine Schlüssellänge von 1024 bit benutzt wird; die Sicherheit des verwendeten IDEA wird noch um einiges über der von RSA angesiedelt.

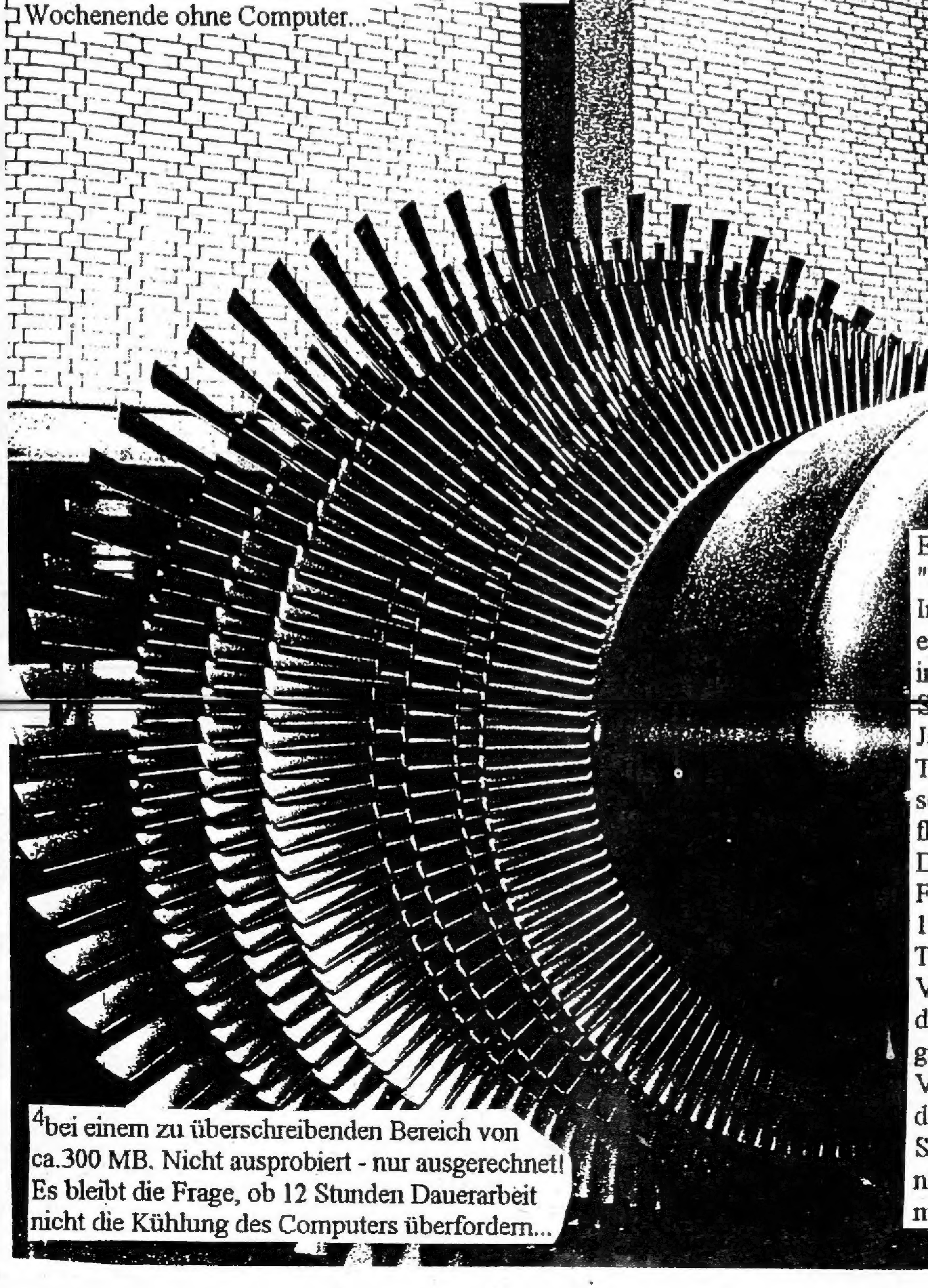
*** Löschen und Überschreiben**

Hier bleibt dem Text von IWB wenig hinzuzufügen. Es ist tatsächlich auch bei einiger Erfahrung im Umgang mit Computern kaum möglich, einen sicheren Überblick darüber zu haben, was in den unermeßlichen Weiten der Festplatte alles noch irgendwo unbemerkt herumliegt. Um sicher zu gehen, ist es eigentlich notwendig, in regelmäßigen Abständen alles zu "wipen" (d.h. zu überschreiben) was nicht mehr gebraucht wird. Das ist auch mit verfügbaren Programmen wie z.B. Nortons "Wipeinfo" recht aufwendig. Um sicherzugehen, daß auf einer Festplatte nur noch genau die Daten sind, die zu den im Inhaltsverzeichnis genannten Dateien gehören, müssen verschiedene Wipe-Schritte durchgeführt werden. Der komplette Vorgang dauert je nach Gründlichkeit von einer Stunde an aufwärts. "Wipeinfo" bietet dabei als "sicheren US-Standard" das 3-fache Überschreiben an; der Autor des von IWB angekündigten Verschlüsselungs-Programms "SFS" hingegen hat, um sicherzugehen, ein ausgeklügeltes System mit 35-fachem Überschreiben eingebaut! Das würde bei "Wipeinfo" um die 12 Stunden dauern[4], ist also eher etwas für ein gemütliches Wochenende ohne Computer...

*** Politische Überlegungen**

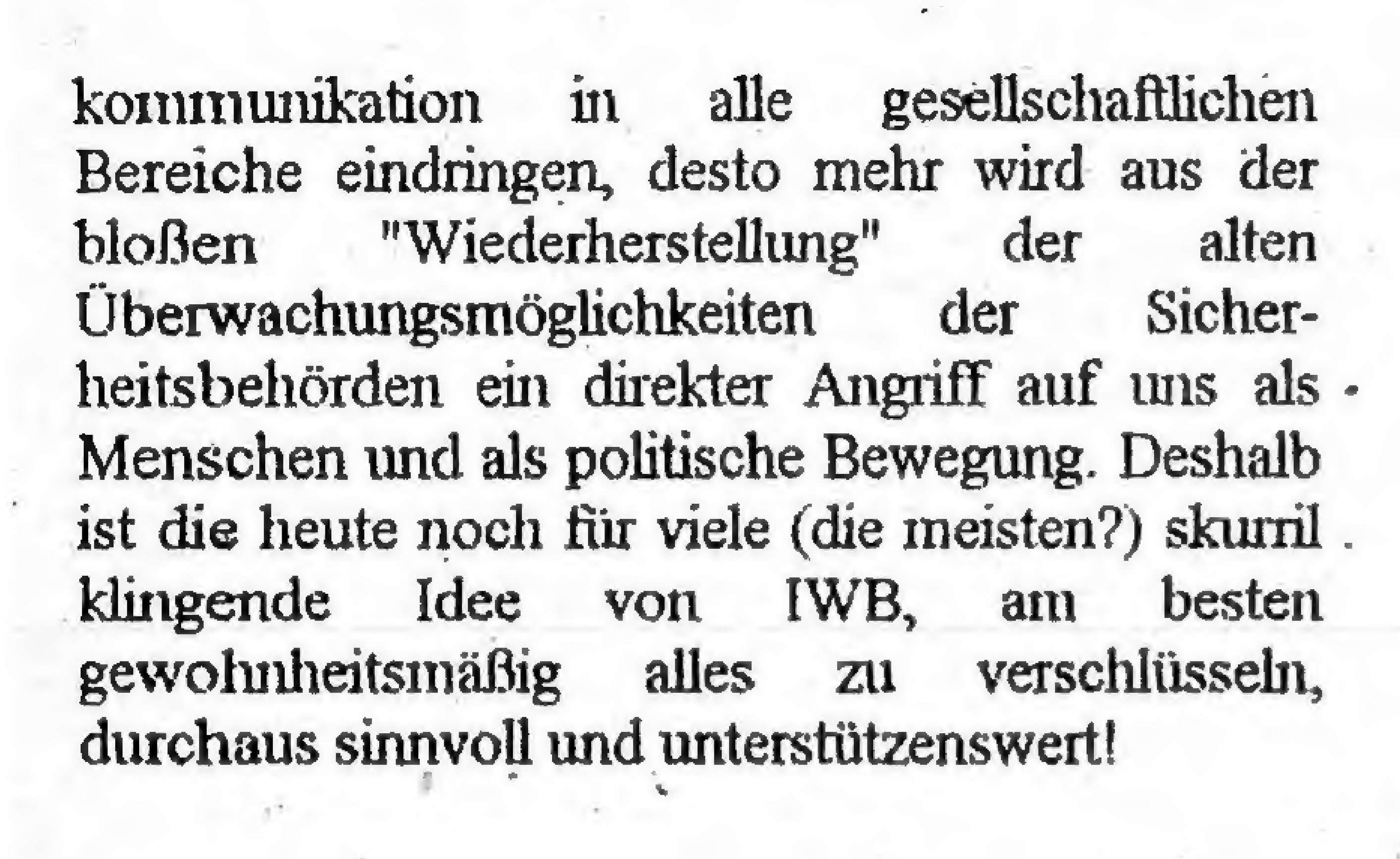
Kurze Anmerkung zum us-amerikanischen "Clipper-Chip", jenem Versuch der US-Regierung, ihrem Geheimdienst das Abhören sozusagen "ab Werk" zu garantieren: Derzeit scheint dieses Projekt in den USA nicht durchsetzbar zu sein; vermutlich besteht die Lobby der GegnerInnen nicht nur aus Menschen, die um Datenschutz und persönliche Sicherheit vor Geheim-diensten besorgt sind, sondern auch aus denen, die ihre unsauberen Geschäfte ungestört von staatlichen Stellen durchführen wollen, z.B. Banken. Praktisch wird der "Clipper-Chip" offenbar nur von Behörden benutzt. In den USA ist der *Export* von Verschlüsselungs-Technik übrigens verboten, da sie rechtlich als Kriegswaffe angesehen wird.

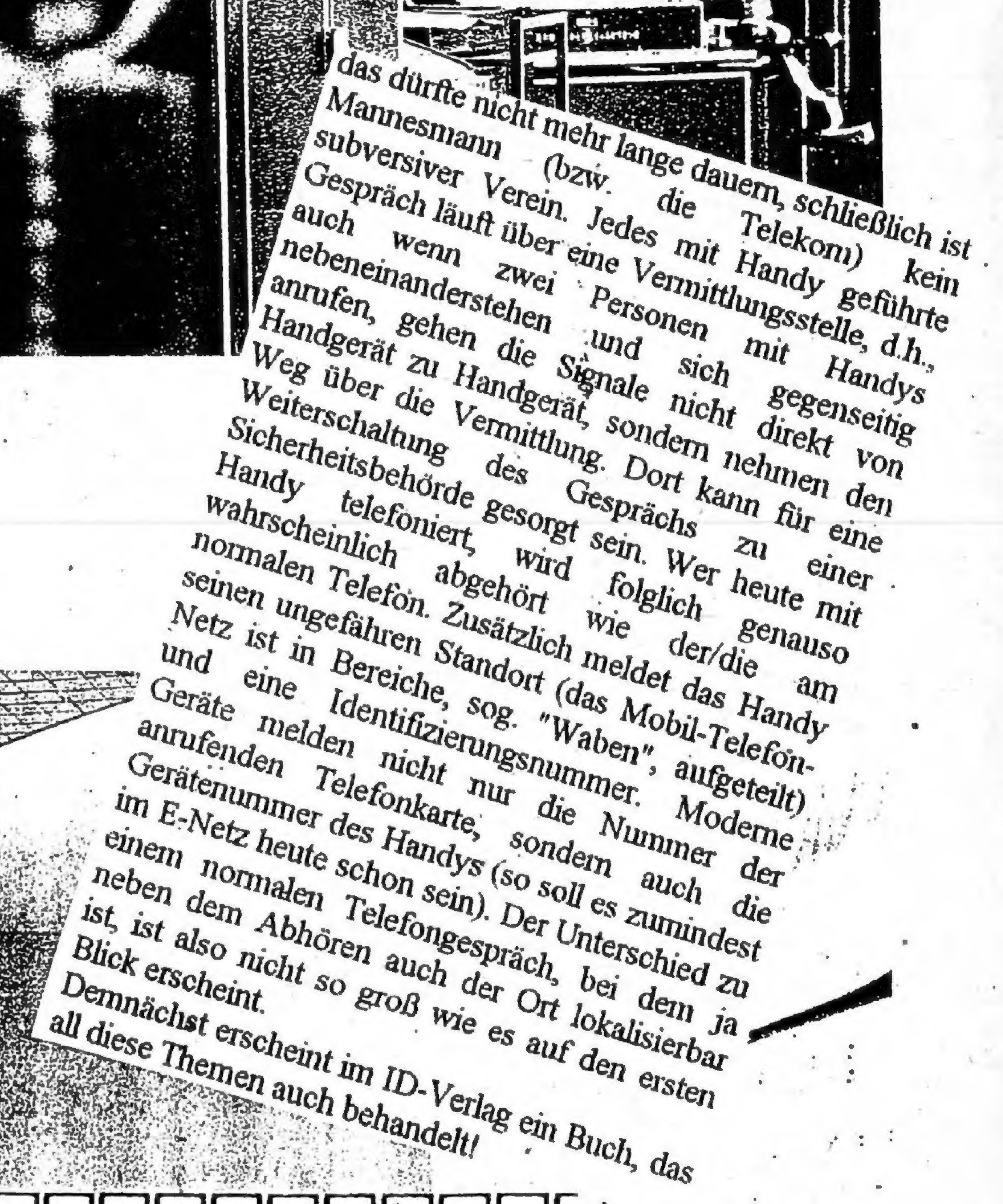
In Europa gibt es sehr unterschiedliche Umgangsweisen mit verschlüsselten Daten bzw. verschlüsselter Kommunikation. In Frankreich und Rußland gibt es seit wenigen Jahren ein Verbot der Verschlüsselung (es sei denn, Regierung bzw. Geheimdienst erlauben es auf Antrag...). In Deutschland gibt es in Regierungskreisen seit ein paar Jahren Überlegungen dazu, aber noch nichts konkretes.



Erst einmal wurde ein vom BND kontrolliertes "Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik" gebildet, um zumindest einigermaßen die Kontrolle über die Entwicklung in diesem Bereich zu behalten. Die Sicherheitsbehörden bemühen sich seit ein paar Jahren, politische Grenzen im Bereich von Telekommunikation und Datenverarbeitung zu setzen, damit sie das ganze wieder flächendeckend unter ihre Kontrolle bekommen. Dazu gehört die Durchsetzung der neuen Fernmeldeüberwachungs-Verordnung (FÜV) 1995, die vorschreibt, daß jede Telekommunikation abhörbar sein muß. Ein Verbot von Verschlüsselungs-programmen dürfte auch auf der Wunschliste dieser Behörden ganz oben stehen. Denn diese beiden Aspekte - Verschlüsselung und lawinenartiges Anwachsen der Telekommunikation - haben zwei bewährte Schwerter der Geheimdienste stumpfer gemacht, nämlich die Telefon- und Post-überwachung. Je mehr in den nächsten Jahren Computer und Tele-

[4] bei einem zu überschreibenden Bereich von ca.300 MB. Nicht ausprobiert - nur ausgerechnet! Es bleibt die Frage, ob 12 Stunden Dauerarbeit nicht die Kühlung des Computers überfordern...


kommunikation in alle gesellschaftlichen Bereiche eindringen, desto mehr wird aus der bloßen "Wiederherstellung" der alten Überwachungsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden ein direkter Angriff auf uns als Menschen und als politische Bewegung. Deshalb ist die heute noch für viele (die meisten?) skurril klingende Idee von IWB, am besten gewohnheitsmäßig alles zu verschlüsseln, durchaus sinnvoll und unterstützenswert!



***Ergänzung: Telefonieren**

Abschließend ein paar Bemerkungen zu Telefonen. Daß massenhaft abgehört wird, wissen ja alle. Nicht vergessen sollte dabei werden, daß mit der Umrüstung auf digitale Vermittlung der Telekom auch die Zurückverfolgung eines Anrufes ein Klacks ist. Ob es überhaupt noch analoge (= nicht-digitale) Vermittlungsstellen gibt? Wenn ja, dann nicht mehr lange.

Handys sind in der linksradikalen Szene nicht sehr verbreitet. Sie sind (noch) teuer, haben ein Yuppie-Image, und einige denken dabei auch an den "Elektro-Smog", der immer weiter zunimmt. Doch auch hier wird uns vielleicht der Druck des Ökonomischen in den nächsten Jahren zur Anpassung zwingen... darum ein paar Hinweise dazu: Wie weiter oben erwähnt, garantiert die FÜV die Abhörbarkeit aller mobilen Telefonnetze. Das ist heute zu einem Teil noch Theorie - es gibt Streit darum, wer die entsprechende Technik bezahlen soll. Angeblich ist das E-Netz bereits abhörbereit installiert worden, beim D-Netz wird noch gezankt, doch das dürfte nicht mehr lange dauern, schließlich ist Mannesmann (bzw. die Telekom) kein subversiver Verein. Jedes mit Handy geführte Gespräch läuft über eine Vermittlungsstelle, d.h., auch wenn zwei Personen mit Handys nebeneinanderstehen und sich gegenseitig anrufen, gehen die Signale nicht direkt von Handgerät zu Handgerät, sondern nehmen den Weg über die Vermittlung. Dort kann für eine Weiterschaltung des Gesprächs zu einer Sicherheitsbehörde gesorgt sein. Wer heute mit Handy telefoniert, wird folglich genauso wahrscheinlich abgehört wie der/die am normalen Telefon. Zusätzlich meldet das Handy seinen ungefähren Standort (das Mobil-Telefon-Netz ist in Bereiche, sog. "Waben", aufgeteilt) und eine Identifizierungsnummer. Moderne Geräte melden nicht nur die Nummer der anrufenden Telefonkarte, sondern auch die Gerätenummer des Handys (so soll es zumindest im E-Netz heute schon sein). Der Unterschied zu einem normalen Telefongespräch, bei dem ja neben dem Abhören auch der Ort lokalisierbar ist, ist also nicht so groß wie es auf den ersten Blick erscheint.

Demnächst erscheint im ID-Verlag ein Buch, das all diese Themen auch behandelt!



Wir haben in der Nacht vom 21. zum 22.1.96.... So fängt das Schreiben eigentlich immer an und wie so viele möchten wir das eigentlich mal anders kund tun. Ohne die immer gleichen Phrasen, ein grosser Anspruch., aber die Ideen fehlen etwas. Witzig soll es ja auch nicht werden, dazu ist uns das Thema zu ernst (nicht unsere Aktion, denn die hat auch Spass gemacht) und ausserdem kurz, am besten noch peppig, damit die Presse vielleicht auch mal was bringt (ja,ja, ist nur ein kleiner Brandsatz gewesen, keine Personen betroffen, nichts sensationelles,nur ein kaum wahrzunehmendes Zeichen gegen den rassistischen Normalzustand). Getroffen hat es den Baumafiosi und Spekulanten Arnold Kuthe und eine seiner Baustellen (Nähe Janowitzbrücke).Kuthe, einer von der Sorte Mensch, der so ganz im Stillen aus all den Schweinereien diese Staates seine Profite zieht und so ist er sich auch nicht zu schade, einen Grossteil der 32 Millionen für den Bau des Abschiebe und Folterknastes in Berlin-Grünau abzusahnen. Zu diesem Knast ist inzwischen viel gesagt und geschrieben worden (taz, JW, tagesspiegel, radikale Zeiten, Berliner Zeitung..., lest das einfach mal wieder nach), aber trotzdem noch einmal kurz:Dieser Staat und seine BürgerInnen bauen Knäste für Menschen die nichts anderes getan haben, als aus menschenunwürdigen Bedingungen in das Land zu gehen, dass einen Grossteil der Verantwortung für ihr Elend trägt. (Ja, euch meine ich, ihr fettgefressenen, von degenerativen Erkrankungen geplagten Fressen, woher kommt wohl euer Elend!?) Nichts ist legitimer als die Forderung , sich endlich wieder zu nehmen, was ihnen sowieso gehört und über Jahrhunderte durch Unterdrückung, Folter und Mord vorenthalten wurde.

Deswegen: übernehmen wir unsere Verantwortung, zeigen wir, dass es etwas besseres gibt als die Herrschaft alter, weisser Männer.

Wir sehen den Brandsatz, den wir am 21.1 gezündet haben als einen Beitrag, die Gewinner dieser Entwicklung zu schädigen und auf ein uns wichtiges Thema aufmerksam zu machen.

Fangen wir an unsere Träume zu verwirklichen und zu leben.

Weg mit allen Zwangsanstalten, für eine Gesellschaft ohne Knäste

Werner, Rainer, Ulf, Andreas und Ralf sind draussen, aber viel zu viele warten noch darauf.

Grüsse an alle Menschen, die aus welchen Gründen auch immer nicht bei ihren FreunInnen sein können

lebt und lest radikal



autonome Gruppe F.S.H.W.I.N.E.B.Ü.
(Für Schweine haben wir immer noch einen Brandsatz übrig)

Praktische Solidarität !

Vorgestern wurde das Hüttendorf in Dissen geräumt. Es stand an diesem Ort drei Jahre davor war es schon einmal geräumt und wieder neu aufgebaut worden. Das Hüttendorf richtete sich hauptsächlich gegen den Bau der A 33, aber Themen wie Antifa,Veganismus oder Sexismus gehörten je nachdem welche/welcher dawaren zu dem widerständlerischen Hüttendorf-Leben.

ABER JETZT IST DISSEN GERÄUMT !!

Es ist wichtig das viele Leute dahin fahren, um zu zeigen, daß es trotzdem weitergeht !!

Dissen ist 'ne Kleinstadt an der der B 68 zwischen Bieledeld und Osnabrück. Ihr könnt mit dem Bus, Zug oder trampen hinkommen.Das Dorf stand in der Nähe des Bahnhofs.

Komm am besten erst einmal dahin!

Viva Brechen !(Hüttendorf gegen die Ostsee-Autobahn A 20, ein halbes Jahr alt und noch nicht geräumt)

Viva Anatopia !

Viva Dissen !

Solidarität leben, statt Solidarität predigen !

Sie werden uns nicht kleinkriegen!

Keine falsche Entwarnung!

Der Brandanschlag in Lübeck im Kontext rassistischer Politik

In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag letzter Woche wurde die Ostseestadt Lübeck Schauplatz einer entsetzlichen Katastrophe. Zehn Menschen starben in den Flammen in einer Sammelunterkunft für Flüchtlinge, 35 wurden schwer verletzt, einige schwebten bei Redaktionsschluß noch immer in Lebensgefahr. Die Feuerwehr, obwohl rasch zur Stelle, konnte ein vollständiges Ausbrennen des Mehrfamilienhauses nicht verhindern.

Im niedersächsischen Burgwedel verlief in der gleichen Nacht ein Brand in einem Flüchtlingsheim glimpflicher. Dort gelang es den Bewohnern der Unterkunft rechtzeitig, ein Feuer zu löschen. Unbekannte Täter hatten in einem Vorraum des Hausflurs einen Brand gelegt.

Auch wenn die Brandursache in Lübeck zunächst unklar blieb, hielten die meisten einen Anschlag mit rassistischem Hintergrund für wahrscheinlich. Unter anderem sprach die ungewöhnlich schnelle Ausbreitung des Feuers dafür. So kam es am Donnerstag zu Bekundungen von Solidarität und Anteilnahme aus der Bevölkerung. Am Abend versammelten sich rund tausend Menschen an der noch qualmenden Ruine. Freitag nachmittag demonstrierten 1500 Schülerinnen und. Schüler. Auch in anderen Städten kam es am Tag nach dem Brand zu spontanen Kundgebungen.

Trotz der Unklarheiten über die Brandursache – erst am Samstag stand fest, daß es sich um Brandstiftung handelte – reagierten die Lübecker antifaschistischen Gruppen schnell. Das örtliche Bündnis gegen Rassismus verbreitete eine Erklärung, in der die Konzentration der Flüchtlinge in Sammelunterkünften angeprangert wurde, die sich den Nazis als Angriffsziele darbieten.



Wie aktuell die Forderung nach dezentraler Unterbringung in regulären Wohnungen ist, belegt das tragische Beispiel der zairischen Familie Makudila. Acht Monate lang hatte sie sich bemüht, aus dem überbelegten Haus in der Hafenstraße auszuziehen. Als endlich eine Wohnung gefunden war, wurde ihr der Umzug verwehrt. Jetzt kam die Mutter mit ihren vier Kindern in den Flammen um. Allein der Vater überlebte.

Michael Bouteiller (SPD), Bürgermeister der Travestadt, versprach die Auflösung der Sammelunterkünfte. Auf einer Veranstaltung im Rathaus ging er noch weiter: „Wir müssen eventuell dazu bereit sein, zivilen Ungehorsam zu leisten, um auf die Weise Personen, die von diesen Paragraphen bedroht sind, wirksam zu schützen", sagte er vor 300 Versammelten mit Bezug auf die Asylgesetzgebung. Sollte das tatsächlich ernst gemeint sein, müßte er jetzt seine Verwaltung anweisen, keine Abschiebungen mehr zuzulassen.

Flüchtlinge und antirassistisches Bündnis haben durch diese Worte des Stadtoberhaupts zumindest eine bessere Position, um politischen Druck zu entwickeln. Auf einer Kundgebung und Demonstration, zu der 5000 Menschen gekommen waren, machten Rednerinnen und Redner noch einmal deutlich, daß Voraussetzung des Naziterrors die offizille Diskriminierung der Flüchtlinge und Einwanderer ist, ihre Isolierung und Rechtlosigkeit.

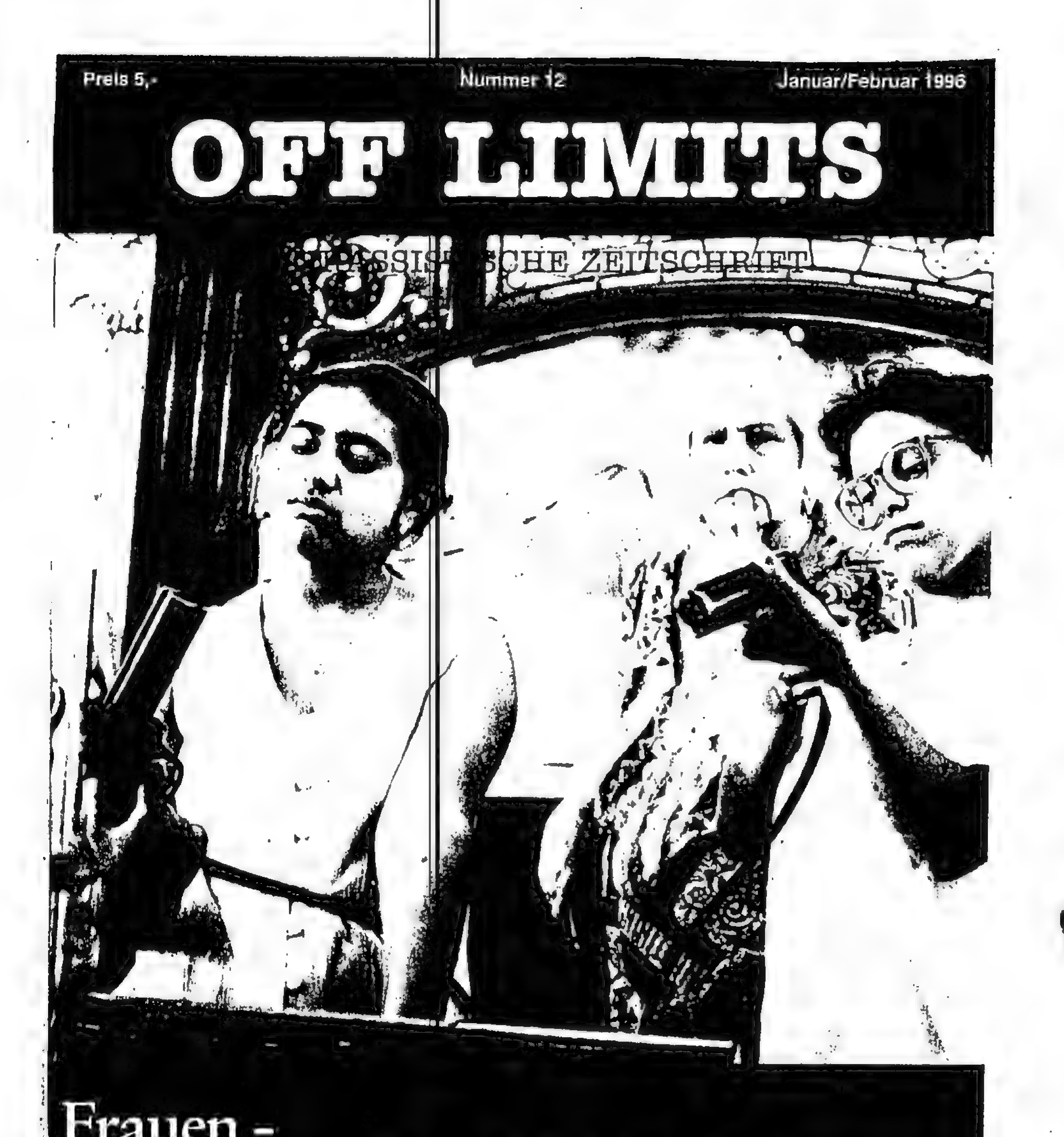
Die Polizei bietet derweil ein Verwirrspiel um die oder den Täter. Zunächst sah es danach aus, als habe man schnell die Schuldigen gefunden. Noch am Donnerstag vormittag wurden drei Jugendliche aus Grevensmühlen verhaftet, die am Tatort gesehen worden waren. Am nächsten Tag stellte sich allerdings heraus, daß die drei ein Alibi hatten: Zur fraglichen Zeit hatten sie Autos geknackt.

Als nächstes wurde einer der Heimbewohner, ein 21jähriger Libanese, verhaftet. Einige Presseagenturen verbreiteten daraufhin eilfertig, ein „ausländerfeindlicher" Hintergrund könne ausgeschlossen werden. Die Beweise, auf die sich die Polizei stützt, sind allerdings mehr als fraglich. Der Beschuldigte beteuert seine Unschuld. Die Polizei behauptet, er habe in der Brandnacht nach seiner eigenen Rettung die Tat einem Sanitäter gestanden. „Wir waren es", soll er gesagt haben. „Die waren es", habe er gesagt, meint der Anwalt des Libanesen. Auch das Motiv scheint fraglich. Warum sollte er seine eigene Familie in so große Gefahr gebracht haben? Von dem Streit unter Bewohnern des Hauses, den die Polizei am Sonntag als „Hintergrund" anführte, weiß keiner der Überlebenden.

So ist zu befürchten, daß durch das Hin und Her Spuren verwischt werden. Wichtig sei es, weiter Ermittlungen in alle Richtungen zu fordern, meint ein Vertreter des Bündnis gegen Rassismus. Das erste Mal wäre es nicht, daß der politische Hintergrund durch die Ermittlungen verschleiert würde. Als im März 1994 in Stuttgart ein überwiegend von Immigrantinnen und Immigranten bewohntes Haus abbrannte und sieben Menschen starben, hatte es zunächst „Unfall" geheißen. Erst jetzt kam ein Mann mit offensichtlich rechtsextremistischem Hintergrund für die Tat vor den Richter. In Lübeck nutzte die CDU am Wochenende schon die Gunst der Stunde, um gegen Bouteiller zu polemisieren, weil dieser sich den Forderungen der Flüchtlinge nach dezentraler Unterbringung angeschlossen hatte.

Die Reaktionen des Bürgermeisters heben sich positiv von denen aller anderen Verantwortlichen in Land und Bund ab. Schleswig-Holsteins Innenminister Wienholz fand Worte des Mitgefühls *für die Lübecker*, „die innerhalb kurzer Zeit nun schon zum dritten Mal von einem Unglück dieser Art heimgesucht wurden". Auch seine Chefin Heide Simonis meint, daß die Bürger dieser „weltoffenen und gastfreundlichen Stadt" dies wirklich nicht verdient hätten. Lehren besonderer Art zieht Bundespräsident Herzog: Seine Geduld, so verkündete er in Kiel, gehe nun langsam zu Ende. Was damit gemeint sein könnte, zeigte ein Einsatz der Bremer Staatsanwaltschaft einige Tage zuvor: An der Weser wurden ein Jugendtreff und zwei Privatwohnung durchsucht. Grund: In einem Flugblatt des Antirassismus-Büros waren Kanther und sein Bremer Kollege als Schreibtischtäter bezeichnet worden.

Wolfgang Pomrehn


Preis 5,-
Nummer 12
Januar/Februar 1996
OFF LIMITS
Frauen -
Menschenrechte Flucht Rassismus
Die Debatte um die Verstümmelung der weiblichen Genitalien+Afrikanische Frauen und Politik+ Die spezifische Situation migrierter/nichtdeutscher Prostituierter u.a.

Inhalt

Kein Auftritt von Wiglaf Droste - weder im Lola noch sonstwo

Heute, am 24.1.1996, will Wiglaf Droste eine Veranstaltung hier im Bergedorfer Lola halten. Wir wollen das nicht kommentarlos hinnehmen und rufen alle Besucher und Besucherinnen dazu auf, diese Veranstaltung nicht zu besuchen. Gebt dem Sexisten Droste keinen Raum für seine antifeministische und Männergewalt verniedlichende Hetze !

Droste fiel erstmals durch eine Pornoseite zum Frauenkampftag am 8.März 1988 in der taz auf. Seither tat er sich regelmäßig in „lustigen" Artikeln von Tempo bis Titanic als Macker und Sexist hervor. Seine ganz „besondere" Bedeutung für uns, bekommt er jedoch nicht durch seinen auch bei vielen anderen Männern verbreiteten Größenwahn und Frauenhass, sondern durch seinen aktiven Täterschutz, indem er sich an der „Mißbrauch mit dem Mißbrauch-Kampagne" beteiligt.

Ein Propagandeur des „Mißbrauch mit dem Mißbrauch"

In diesem Zusammenhang fiel er erstmals größer bei einer Radiosendung am 23.1.94 auf. In dem Berliner Regionalsender *„fritz"* moderierte er die Sendung „Erregte Aufklärung - der Mißbrauch mit dem Mißbrauch". In zynischer Art und Weise hat er dort voll und ganz die Position Katharina Rutschkys und anderer unterstützt und die Sendung als Agitationsbühne benutzt, um zu fordern, daß Frauenorganisationen wie *Wildwasser* etc. „das Handwerk gelegt werden müsse".
Zum Thema „Mißbrauch" äußert er sich jedoch bereits schon früher. So schreibt er z.B. in der *Titanic* vom März 1993: „ ... das Modesujet der Saison: Kindesmißbrauch, denn über nichts läßt sich in entsprechenden Kränzchen und Runden bzw. wenn der Fahrstuhl steckengeblieben ist, prickelnder und raumgreifender sprechen, als über - so heißt es einschlägig - die diesbezüglichen Erinnerungen und Nichterinnerungen. Wobei noch zu klären wäre, was enervierender ist: das sich Brüsten mit tatsächlich Erlittenem, das sich Ergehen in permanenter Opfergestik oder -rhetorik oder das Kramen in Nichterinnerungen, das Zutagefördern erfundener Schrecken, um im Zuge der allgemeinen Wichtigtuerei nicht abseits stehen zu müssen."
In seiner Radiosendung bezeichnet er die Auseinandersetzung um Gewalt gegen Mädchen und Jungen als „neuen Fundamentalismus". Er vergleicht den Boykottaufruf von Frauen gegen einen Buchladen, in dem eine Lesung mit K. Rutschky („Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Autorin) stattgefunden hat, mit Zensur im NS-Faschismus („... erinnert an die dunkelsten Stunden ...:") und wirft Selbsthilfegruppen Hysterie vor. Seine Studiobesucherin Carola Ronneburg (Tip-Redakteurin) ließ sich über *Wildwasser* und ähnliche Organisationen aus, indem sie Schreckensszenarien entwarf von Eltern, denen die Kinder entführt wurden, von verschreckten Eltern, die sich nicht mehr trauen mit ihren Kindern über Sexualität zu reden, die Opfer des neuen, „prüden, rigiden Zeitalters" geworden sind und über Wildwasserfrauen, die als „Undercover-Agentinnen" durch die Gegend streifen, um Männer oder Frauen wegen „angeblich stattgefundenem Mißbrauch" anzuzeigen. Droste stammelte nach diesen Ausführungen: „Das ist ja eigentlich alles ganz schrecklich, und da dürfte eigentlich jeder Mensch, der Verstand hat im Kopf, müßte doch sagen, diesen Leuten

muß man das Handwerk legen ... Das ist ja geradezu bedrohlich, da kriegt man ja Angst ..."
Durch mehrere Telefonanrufe (die er abbügelte) auf die Einseitigkeit seiner Darstellung hingewiesen, versicherte er, daß er das ganz bewußt gemacht habe: „Diese Seite [die Position von Wildwasser zu sexueller Gewalt] wird ja ohnehin in allen Mainstreammedien ... ausgewalzt bis zum geht nicht mehr. ... Dieses Thema und die Lufthoheit über dieses Thema (solle man) nicht Leuten überlassen, die mit nichts antreten außer ihrer eigenen Betroffenheit."
In einem anderen Interview wirft Droste den Frauen-Organisationen vor, in „einer Allianz mit BILD-Zeitung und NPD" eine „kollektive Hysterie" zu erzeugen und vergleicht ihre Methoden mit dem nationalsozialistischen „Bund deutscher Mädels"[1].

Droste hat die Einstellung, über alles Witze machen zu können. Mit diesen Äußerungen verließ er diese Ebene und kam zur puren Hetze gegen Frauenprojekte und sexuell Angegriffene. Dies hat mit Humor nichts mehr zu tun, sondern ist klare Parteiergreifung für Vergewaltiger. Die sonstigen vermeintlichen Späße Drostes beschrieb ein Hörer als „morbiden Humor", der nichts befreiendes, nichts emanzipatives hat, sondern nur auf Kosten Unterdrückter auf diesen herumtrampelt und das mit ihnen Geschehene auch noch vermarktet (Einladungen zu Talkshows, Veranstaltungen, die ihm Schotter abwerfen). Satire hat seinen Ursprung in der Kritik an herrschenden Verhältnissen und erhält einen emanzipatorischen Charakter, indem sie gegen die Herrschenden - also von unten nach oben - gerichtet ist. Droste hingegen polemisiert gegen die Opfer existierender Gewaltverhältnisse.

[1] Interview mit Radio Z in Nürnberg. Desweiteren wird zitiert, übernommen und geklaut aus der Interim 275, 331 und 332, dem Männerrundbrief, der taz und der Jungen Welt. Verschiedene Artikel sind als Kopiervorlage im Hamburger Infoladen Schwarzmarkt zu bekommen.

Mit wem sich Wiglaf Droste da verbündet

Bereits 1990 lancierte der Alt-68er und „Kinderschützer" Reinhard Wolf zusammen mit seiner Frau Angela Wolf in der Fachzeitschrift „Sozial Extra" das seither vielzitierte Schlagwort vom „Mißbrauch mit dem Mißbrauch".[2] Wer diesen „Mißbrauch des Mißbrauchs" betreibt, erläutern im Herbst 1992 einige Anhänger Dieter Duhms[3] in einem ZEGG-Sonderheft: ein Zusammenschluß „von organisiertem Feminismus, Presse und Kirche", eine „Anti-Sex-Allianz". Angestachelt werde sie „vom Hass durchgedrehter Radikalfeministinnen gegen alles, was männlich ist, Haare auf der Brust hat und einen Penis trägt." Fazit: „Es geht um organisierte Frauenrache am Mann."
Eine wichtige Propagandistin dieser Kampagne ist Katharina Rutschky. In ihrem im Frühjahr 1992 erschienenen Buch „Erregte Aufklärung" behauptet sie, Organisationen wie *Wildwasser* und *Zartbitter*, die vergewaltigten Kindern Schutz und Zuflucht bieten, hätten lediglich das Ziel, sich selbst zu bereichern: „Es muß also ein neuer Bedarf produziert werden, auf den mit Geldern, Planstellen, Beratungseinrichtungen und Fortbildungsmaßnahmen reagiert werden kann". Während die meisten Frauen in Projekten zum Schutz von vergewaltigten Mädchen und Jungen umsonst arbeiten, verdient Rutschky, die für Täter arbeitet, Geld an der sexualisierten Gewalt. Ihr Buch verkauft sich gut. Es spricht anscheinend an, wenn Rutschky „... wohlgefälliges an die Brüste der heranwachsenden Tochter fassen" als liebevolle, väterliche Geste deutet.
Verschiedene FrauenLesben-Gruppen aus Berlin schätzen die Aktivitäten so ein: „Der Zeitpunkt der Debatte um den sogenannten

[2] Quelle: „Falsche Kinderfreunde", in: Emma Sept./Okt. 1993.
[3] Dieter Duhm ist Gründer des „Zentrums für experimentelle Gesellschaftsgestaltung" (ZEGG). ZEGG ist eine Sekte, die auf einem 15 Hektar großen Gelände in der ehemaligen DDR durch „freie Liebe" „im Sinne eines morphgenetischen Feldes planetarisch wirken" will. Aus ihrem Umfeld heraus wurden Kinder vergewaltigt. [Quelle: Emma, Sept./Okt. 1993].

„Mißbrauch mit dem Mißbrauch“ kann nicht vom allgemeinen gesellschaftlichen Klima losgelöst betrachtet werden. Gegenwärtig werden in einem rassistischen und sexistischen Klima zunehmend Opfer zu Tätern verkehrt ... Darüberhinaus wird die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, der Frauenbewegung den Garaus zu machen, deren Verdienst es ist, den sexuellen Mißbrauch in seiner Dimension öffentlich zu machen. ... Wolf und Rutschky portraitieren sich darin einerseits als Vetreter einer „freien Sexualitätspädagogik“ und schaffen gleichzeitig noch den Schulterschluß mit erzkonservativen Familienaposteln, die den Schutz der Familien zur nationalen Aufgabe erklären.“ Wilfried Wieck schrieb hierzu: „Wolf und Rutschky müssen auch ihren politischen Widerstand erfahren, damit die ermutigende Erfahrung, daß immer mehr mißhandelte Mädchen und Jungen sich Personen ihres Vertrauens offenbaren, nicht bedroht wird, und daß attackierte Kinder nicht wieder noch mehr ... verunsichert werden.“

Das Ausmaß der sexualisierten Gewalt wird durch diese Kampagne als allgemeine Mißbrauchspanik konstatiert und die Häufigkeit der „Fälle“ durch eine extrem verengte Definition von sexuellem „Mißbrauch“ heruntergerechnet. Der Zusammenhang zwischen sexuellem „Mißbrauch“ und Gewalt wird geleugnet und bei bewiesenen Extremfällen als „... zu frei verstandene Sexualität“ definiert. Die erkämpften Selbsthilfe-Strukturen von Frauen werden in Frage gestellt. Wieder sind Betroffene unter starkem Beweiszwang, wenn sie Gewalterlebnisse aufdecken. Der Grundsatz, den Mädchen und Jungen zu glauben, wird als „Verdachtshysterie“ abgewertet.

Durch seine Texte unterstützt Droste diese politische Linie, indem er eine gegen Kinder gerichtete Praxis des Unglaubwürdigmachens betreibt. So in seinem Täterschutzartikel „der Schokoladenonkel“ (Edition Nautilus): In diesem Text entwirft Droste das Horrorszenario einer *Emma*-Mitarbeiterin, die ihr Kind als Lockvogel in den Park schickt („und wenn sie nicht will, gibt es Liebesentzug ...“), um Männern (vor allem ihm selbst) sexuelle Gewalt gegen Kinder vorwerfen zu können. Als ein Mädchen im Park von ihm Schokolade haben will, flüchtet er in der Erzählung aus dem Park und denkt: „Junge, Du hast doch nicht etwa Angst vor Frauen ... Ach, I wo ... bloß, die ... die im Leben immer nur eins sein wollen nämlich Opfer ... und die diese superkonservative Attitüde als schwer fortschrittlich juchheißen und jedem, der - wie z.B. Katharina Rutschky - die Benutzung des menschlichen Kopfes in die Debatte zurücktragen möchte, mit Angebervokabular wie Backlash das Leben sauer machen, ja diese Geschoße sind zum Fürchten ...“

Durch seinen Ruf als vermeintlich „linker“ Autor und seine Auftritte in alternativen Zentren trägt Droste einen Umgang mit dem Thema der sexualisierten Gewalt gegen Mädchen und Jungen in eine „linke“ Szene, der im direkten Zusammenhang mit einem gesellschaftlichen Roll-back und zunehmend sexistischen Verhältnissen steht. Die mit seinen Positionen verbundenen Verharmlosungen und Diskriminierungen der Opfer und deren Helferinnen werden u.a. durch Droste in einen linken Diskurs etabliert und ergänzen sich mit den Angriffen reaktionärer Richtungen gegen die entsprechenden Selbsthilfestrukturen.

Widerstand gegen Droste

Im Laufe dieses Jahres wurden in mehreren Städten Auftritte und Lesungen mit Droste verhindert oder gestört. In Oldenburg sagte die „Kultur-Etage“ ihre Veranstaltung mit Droste ab, nachdem *Wildwasser* und das „Autonome FrauenLesbenreferat“ der Uni angekündigt hatten, die Veranstaltung zu verhindern[4]. In Kassel kippten Frauen und Männer kübelweise Scheiße vor seinen Lesungsort. In Bonn sagte der ursprüngliche Veranstalter ab. Am 9.Mai blockierten die Tübinger Initiative für Mädchenarbeit und die Frauengruppe *Zumutung* den oberen Saal im Zentrum Zoo, besetzten die

[4] *junge Welt* vom 4.5.1995.

Bühne und pfiffen auf Trillerpfeifen. Das *Schwäbische Tagblatt* berichtete darüber: „Der freie Autor aus Berlin sah den verbalen ... und tatsächlichen Handgreiflichkeiten eine Weile zu, dann griff er selbst in eindeutig gliedvorzeigender Absicht zunächst in seine Hose und hernach ins Geschehen ein. Mit den Worten `Du Schleimer, Du schleimst Dich bei Frauen ein, weil Du sonst keinen Stich kriegst" stürmte er prügelnd auf einen Umstehenden ein, der ihm in Notwehr die Lippe blutig schlug. Droste schleuderte eine Bierflasche und versuchte den Mann zu beeindrucken - mit der Drohung, ihn Kraft seiner `40 Zentimeter` zu notzüchtigen. Einer Gegendemonstrantin gab er den Namen `Frustvotze`"[5].
Drei Tage später verlas in Stuttgart die „Initiative 8.Mai" eine Erklärung, nach der sie sich von ihrer auf diesen Tag angesetzten Veranstaltung mit Droste distanzierte und das Publikum aufforderte, zu gehen[6].

[5] *Schwäbische Tagblatt* vom 11.5.1995. Außerdem ist die beschriebene Szene in der Spiegel-TV-Sendung dieser Woche belegt.
[6] taz vom 17.5.1995.

Im Juni störten über hundert Autonome eine Veranstaltung Drostes in der Hamburger Kampnagelfabrik und hinterließen einen stinkenden Veranstaltungssaal.
In *der jungen Welt* gab es um diese ganzen Ereignisse eine heftige Auseinandersetzung, in deren Verlauf sich `Klassenkämpfer` wie Jürgen Elsässer für Droste einsetzten. KritikerInnen innerhalb der Zeitung wurden abgebügelt und sahen sich redaktionsinternem heftigen Druck ausgesetzt. In der Zeitung war die Rede von „ebenso notorischen wie langweiligen" Sexismusvorwürfen" gegen Droste. Elsässer und Co. sind allerdings nicht die einzigen, die sich auf Wiglaf Droste beziehen. Nachdem einem Redakteur der „Beute" bei einer Veranstaltung in Berlin abgesagt wurde, weil er sich nicht vom Mitarbeiter Droste distanzieren wollte, war im nächsten Vorwort des Heftes ein wütendes Gezeter zu lesen. Dem veranstaltenden Infoladen warf die „Beute" Zensur und Gesinnungsjustiz à la McCarthy vor.

Wir verlangen, daß sich links verstehende Medien und Projekte von Wiglaf Droste distanzieren und ihm keinen Raum mehr geben. Die aktive Beteiligung an der „Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Kampagne, der latente Sexismus und die Gewaltbereitschaft Drostes sind mit einem linken Bewußtsein nicht zu vereinbaren. Projekte und Gruppen, die mit Droste zusammenarbeiten stellen sich bewußt auf die Seite des Täterschützers und sind für uns nicht Teil eines linken oder gar linksradikalen Spektrums. Wir wollen verhindern, daß Droste seine Hetze ungestört weiterbetreiben kann!

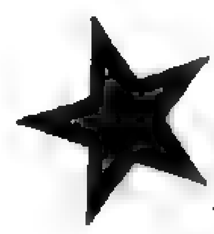
Wir fordern alle BesucherInnen auf, die heutige Veranstaltung ausfallen zu lassen und mit Sexisten wie Droste keine gemeinsame Sache zu machen! Wir fordern die Verantwortlichen und alle im Lola verkehrenden Gruppen und Zusammenhänge auf, klar Stellung zu beziehen!

Kein Platz für Droste in linken Medien und Projekten!

Boykottiert auch seine Veranstaltung hier im Lola!

Wer sexualisierte Gewalt verharmlost, beschönigt oder umdefiniert, trägt zu ihrem Fortbestand bei!

Autonome Zusammenhänge



Literatur zum Thema:
- Enders, Ursula (Hg.): Zart war ich, bitter war's. Erkennen - Schützen - Beraten, Volksblatt Verlag 1990.
- Fegert, Jörg: Sexuell mißbrauchte Kinder und das Recht, Band 2, Volksblatt Verlag 1992.
- Gutjahr/Schrader: Sexueller Mädchenmißbrauch, Papyrossoverlag 1990.
- Kavemann/Lohstöter: Väter als Täter, rororo 1984.
- Steinhage, Rosemarie: Sexueller Mißbrauch an Mädchen, rororo 1989.

Einige Gedanken zur letzten Päderastie-Veranstaltung im Ex.

Zunächst einmal ist mir aufgefallen, daß kaum Jugendliche anwesend waren, was dem großen Interesse zu dem Thema wider-spricht. Diejenigen, die dawaren fanden es größtenteils durch die vermittelte Atmossphäre, erstens durch Entmündigug und zweitens Aufbau einer Veranstaltung mit sovielen Menschen/ "Erwachsenen", kaum möglich sich in die Diskussion einzubinden.Ich will speziell auf den ersten Aspekt, den der Entmündigung eingehen.Es fing leider bei den Veranstaltern an Jugendliche und Kinder immer wieder in den gleichen Topf zu schmeißen und setzte sich bei unzähligen weiteren Beiträgen durch, obwohl mehrmals um Differezierung gebeten worden war.Unter den herrschenden gesellschaftlichen Zuständen ist es eigentlich kein Wunder, daß es so verlaufen ist. Ich hätte jedoch von fortschrittlichen Menschen erwartet, daß sie diese Werte nicht einfach widerspruchs-frei reflektieren, indem sie Jugendliche als Kinder darstellen, die keine ausreichend ausgeprägte Identität/Erfahrung haben und deshalb schnell fehlgeleitet werden können. Für mich als 16-jährige war die Diskussion diesbezüglich katastrophal, wenn ich anfangen würde diese Argumentation anzunehmen, müßte ich meine ganze Existenz in Hand anderer legen, um nicht ausgebeutet zu werden. Dementsprechend müßte ich den "Bürgers" glauben schenken, die meinen das ich eine irregeleitete Jugendliche wäre und deshalb eine "Autonome" geworden bin, weil ich nicht genug Zuwendung bekommen habe. Aus diesem Grund war auch die Forderung zu mehr Sozialfürsorge für Jugenliche in diesen Kontext eingebettet, auch wenn sie mir wie ein schlechter Witz erschien.

Um es noch einmal klarzustellen, Sex von Erwachsenen mit Kindern kann nur Mißbrauch sein. Ein Kind hat im Gegensatz zu einer/einem Jungendlichen nicht die Möglichkeit sich dagegen zu wehren. Die/der Jugendliche hat eine Basis, d.h. sie/er kann sehr wohl relativ klar entscheiden was sie/er will oder nicht. Das relativ klar soll heißen, genauso wie andere/"Erwachsene" oft Probleme haben, habe ich diese auch. Das ist meiner Meinung nach der Punkt, der die Diskussion wieder konstruktiv werden lassen könnte, nämlich das Machtverhältnis, welches auf Grund eines Altersunterschiedes aufkommt, als <u>eines</u> der patriachalen Gewaltverhältnisse zu bennen .

Aber bleibt noch die Frage: Was macht das Machtverhältnis zwischen einem älteren und jüngeren "Mann" um sovieles schlimmer als das Machtverhältnis zwischen einem potentielen Ver-gewaltiger und einer Frau ?
Sind es nicht die gesellschaftlichen Werte, die uns wieder einen Streich spielen, da wir heterosexuellle Beziehung offen gewohnt sind, das andere jedoch verpönt ist ?

Entmündigung ist eine der krassesten Formen, anderen das Selbstbestimmungsrecht abzusprechen, in diesem Sinne fände ich es schön (nötig !), daß die Standpunkte noch einmal durch-dacht werden. Ich denke, daß es in unserer Szene erhebliche Probleme gibt, in Bezug auf Wertevermittelung zwischen "jung" und "alt", diese werden so nur noch verstärkt !!

Des Mannes neue Kleider

oder

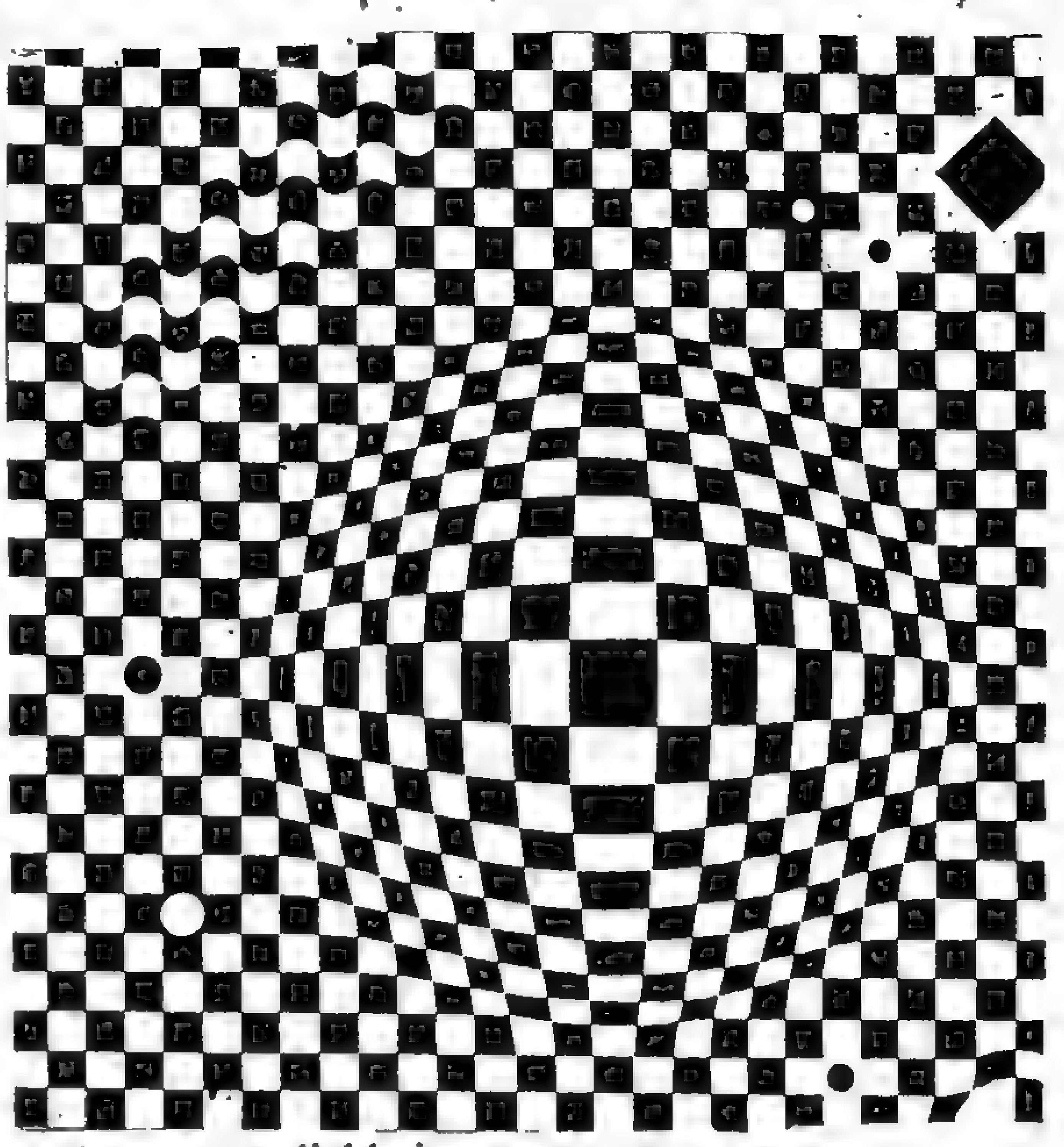
Queer als Bestandteil von Gegenmännlichkeit

Von Kleiderschränken und Schubladen

Witzig. Zwei Tage, nachdem ich zum erstenmal längere Zeit mit einem Kleid bekleidet in ner größeren spießigen Stadt irgendwelche Sachen erledigt habe, les ich in der interim (356) den passenden Begriff dazu: queering.

Das Kleid bekam ich von einigen Freundinnen zum Geburtstag geschenkt, nachdem ich leichtsinnigerweise im bekifften Zustand auf ner Fete die Bemerkung fallen ließ, daß es eigentlich unsinnig ist, daß Männer ausschließlich in Hosen rumlaufen. So stand ich also mit meinem Geburtstaggeschenk unter Zugzwang und zog das Kleid schließlich zuhause in der Landkommune oder in "geschützten Räumen" an (ich glaube, ich war der einzige unter 600(?) Männern auf dem Autonomie-Kongreß, der derartig beKLEIDet war). Dort waren die Reaktionen erwartungsgemäß durchweg positiv, dennoch habe ich mich erst jetzt getraut, alleine und im Kleid die nächstgelegene Stadt zu betreten. Und kaum zu glauben: auch in der superspießigen Stadt in Vorweihnachtsstimmung gab es keine blöde Kommentare. Stattdessen kam ich ziemlich schnell mit fremden Leuten ins Gespräch. Es war allerdings schon so, daß ich angeglotzt (hauptsächlich Männer) oder angegrinst (hautpsächlich Frauen) wurde.

Mich verunsichert und beschäftigt dabei die Frage, ob mir das Kleid steht. Zum einen weiß ich nicht, was ich als Mann passend zum Kleid anziehen soll (zu meinem autonomen Schmuddellook-Kleiderschrank gehören bisher weder Leggins noch Strumpfhosen) und ich will ja schließlich nicht lächerlich aussehen, sondern angenehm anzuschauen sein; zum anderen will ich auch nicht in die Schubladen Tunte oder Mönch gesteckt, sondern als "normale Hete" wahrgenommen werden, die keinen Bock mehr auf Hosenzwang hat. Und natürlich bin ich immer noch befangen in meinen geschlechtsspezifischen Schönheitsvorstellungen: eng anliegende Kleider betonen Brüste, schmale Taillie und breite Hüften - aber gerade da soll ja queering greifen, daß ich aus meinem Körper nicht tagtäglich durch Kleidung einen männlichen (breite Schultern, schmale Hüften) konstruiere.



Gegenmännlichkeit

Im Zusammenhang mit der "wild-men-Bewegung" beschäftigen wir (ne Männergruppe) uns mit Männlichkeit(en). Meine Reaktion auf die mythopoetischen Männer war zunächst, männliches Verhalten, Denken, Fühlen an sich anzugreifen und abzulehnen. Mir ist jedoch dann klar geworden, daß ich als Mann mit ner männlichen Sozialisation mich immer männlich verhalte. Es gibt meiner Meinung nach vier Ebenen, auf denen Frauen durch Männer in ihrer Selbstverwirklichhung mehr oder weniger stark eingeschränkt werden.

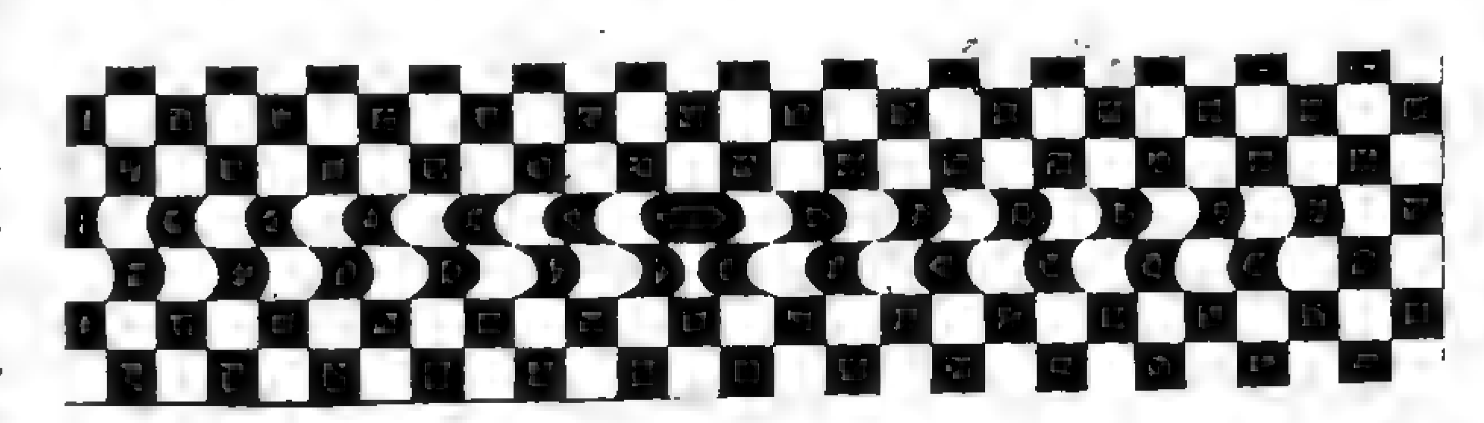
1. Der bekennende Sexist:	Er ist sich seiner Gewalt bewußt und legitimiert diese. Z.B. Vergewaltigung
2. der Anti-Pat-Macker:	Er ist sich seiner Gewalt ebenfalls bewußt, handelt aber als Gewohnheitstäter, will sich ändern. Beispiel: Frauen hinterherglotzen
3. der Depp:	Er ist sich seiner Gewalt nicht bewußt. Beispiel: Raum einnehmen
4. der Mann an sich:	Er übt nicht direkt als Person Gewalt aus, schränkt aber als potentieller Täter Frauen ein. Beispiel: Bewegungsfreiheit nachts

Alle vier Kriterien lassen sich nicht so einfach voneinander trennen, es soll vielmehr aufgezeigt werden, daß es vier verschiedene Ebenen gibt und daß nicht nur durch die ersten beiden Frauen eingeschränkt werden. Sondern daß mann auch in anderen Bereichen Möglichkeiten hat, sich so oder so zu verhalten. Es geht darum, sein männliches Verhalten zu erkennen (zu entlarven) als ersten Schritt und als zweiten Schritt dieses Verhalten zu ändern.

Wenn ich aber gegen meine Männlichkeit angehe, so kann ich das immer nur in "männlicher Form" und befinde mich so ständig in Gefahr, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. D.h. wir Männer können uns nicht feministisch verhalten, sondern allenfalls gegenmännlich. Gerade weil uns die "patriarchale Dividende" (Bob Connell) von einer objektiven Wahrnehmung wegkorrumpiert, müssen wir ständig aufs Neue uns bewußt machen, daß und wie wir uns männlich verhalten.

Queering hilft, sich ständig seine Position als Mann im Patriarchat bewußt zu machen. Ich habe, als ich mit dem Kleid durch die Stadt spaziert bin, keine Sekunde meine merkwürdige Gewandung vergessen und hätte ich sie vergessen, wäre ich früher oder später drauf angesprochen worden. Ich glaube, daß Queering hauptsächlich nur in diesem bescheidenem Umfang funktioniert. Trage ich alleine einen Rock, bin ich der Spinner; tragen aber alle autonomen Männer Kleider, sind es neben Pfaffen und Tunten nun auch noch Autonome, von denen sich die "normalen Männer" abgrenzen und sich zudem noch in ihrer Männlichkeit bestärken. Für mich ist es gut, ein Kleid zu tragen - als Anarchist hasse ich Zwänge und ich verändere mich ein wenig in eine Richtung, die ich gut finde. Darum geht es mir in erster Linie beim Queering. Es ist mehr so ne Art Therapie. Denn selbst, wenn sich Röcke durchsetzen sollten, so dekonstruieren sie nur ein bestimmtes modernes Bild von Männern. Zu anderen Zeiten im Patriarchat hat es andere hegemoniale Männlichkeiten gegeben, nämlich röcketragende. Staatsminister in (ausgesucht teuren) Röcken kann ich mir deshalb genausogut vorstellen wie Manager mit Zöpfen.

Ich finds übrigens toll, liebe interim-Leute, daß Ihr mit dem Thürmer-Rohr-Artikel diese Diskussion um Dekonstruktion von Geschlechtern aus der Uni herausgeholt habt. Das ist auch ein merkwürdiges Phänomen, daß plötzlich in akademischen Gefilden radikal (und selbstreflektierend) über spannende Sachen nachgedacht wird. Ich habe, wie gesagt, erst vor kurzem damit angefangen, mich mit Männlichkeiten auseinanderzusetzen und stehe jetzt vor einem riesen Berg echt interessanter Literatur. Empfehlen möchte ich in diesem Zusammenhang den Band "Männlichkeiten" der Reihe "Widersprüche" aus dem "Verlag 2000". Und ich warte mit Spannung auf die Übersetzungen von Bob Connells und John Stoltenbergs Bücher...



So. Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß es sich in wallenden Gewändern besser tanzen läßt.

"Enthusiasmus ist Phantasie in Aktion".
(Ernst Bloch)

Kai Serskleid

Interview mit Rechtsanwältin Waltraud Verleih

Beugehaft

Radio Steffi führte Mitte Juli mit Rechtsanwältin Waltraud Verleih (Frankfurt/Main) ein Interview zu den Themen Beugehaft und Auskunftsverweigerungsrecht für ZeugInnen in Ermittlungsverfahren. Waltraud Verleih ist Verteidigerin von Ulf B. aus Bremen, der am 4.Juli zu fünf Monaten Beugehaft verurteilt wurde, weil er als Zeuge die Aussage im 'radikal-Verfahren'und insbesondere gegen einen Freund und Genossen verweigerte.

Was ist der eigentliche Sinn von Erzwingungs-/Beugehaft?

Vom Gesetzeswortlaut her ist das unstreitig. Es geht darum, ZeugInnen, die kein Recht haben, Angaben zu verweigern, zu 'zwingen', Angaben zu machen und ihren in der Aussageverweigerung dokumentierten Willen, die Mitarbeit bei Ermittlungshandlungen zu verweigern, zu 'beugen'. Vereinfacht ausgedrückt, Druck auf Zeugen auszuüben, auszusagen. Beugehaft, im Gesetz Erzwingungshaft genannt, wird vom zuständigen Ermittlungsrichter verhängt, wenn Zeugen unberechtigt Fragen, die seitens der Staatsanwaltschaft oder durch den Richter gestellt werden, verweigern (70 II Strafprozeßordnung/StPO).

Gibt es noch andere Maßnahmen, um eine Zeugenaussage zu erzwingen?

Ja, das sog. Ordnungsgeld zur Erzwingung einer Aussage. Das Ordnungsgeld kann vom vernehmenden Staatsanwalt verfügt werden oder auch durch den Richter. Wenn das Ordnungsgeld nicht beigetrieben werden kann, kann ersatzweise (Ordnungs-)Haft verkündet werden. Die Ordnungshaft für nicht beigetriebene Ordnungsgelder wird nicht auf die Erzwingungshaft zur Erlangung der Aussage angerechnet.



Die maximale Erzwingungs-/Beugehaft beträgt ja sechs Monate. Kann sie unter irgendwelchen Umständen noch verlängert werden, z.B. wenn man auf einzelne Fragen die Antwort verweigert, anstatt zum gesamten Komplex?

Nein. Sechs Monate Erzwingungshaft sind die gesetzliche Obergrenze, und zwar für Aussagen in einem ganz bestimmten Verfahrenskomplex. Wenn bspw. eine Zeugin oder ein Zeuge erst zu einem und dann zum nächsten Komplex Angaben machen soll und auch für den nächsten Komplex die Angaben verweigert, so darf die Erzwingungshaft zwar mehrmals verhängt werden, sie darf aber die Obergrenze von sechs Monaten für das gesamte Ermittlungsverfahren, in dem die Zeugin/der Zeuge Aussagen machen soll, nicht übersteigen.

Das Ordnungsgeld zur Erzwingung von Angaben darf nur einmal verhängt werden. Im 'radikal-Verfahren' hat der Richter im Übereifer wegen der Aussageverweigerung neben der Beugehaft von fünf Monaten ein Ordnungsgeld von 800 Mark, ersatzweise 30 Tage Ordnungshaft, verkündet. Das Ordnungsgeld mußte er zurücknehmen, da der Betroffene bereits bei seiner staatsanwaltschaftlichen Vernehmung für die Aussageverweigerung mit einem Ordnungsgeld von 500 Mark belegt worden war. Der Übereifer des Richters war angeblich durch das Verhalten des Betroffenen provoziert, der zur Vernehmung mit Gepäck, insbesondere Lesematerial, erschien. Damit dieses Material vom Ermittlungsrichter gleich gesichtet und ihm dann auch in der Vollzugsanstalt übergeben werden kann, da ansonsten alle Lesematerialien von der Anstalt erst wieder zum Richter geschickt werden und dann wieder in die Anstalt zurück, was ewig dauert. Diese durchaus umsichtige Maßnahme hat den Ermittlungsrichter so brüskiert, daß er auch die Höhe der Erzwingungshaft, die in diesem konkreten Fall verhängt wurde, fünf Monate, damit begründete.

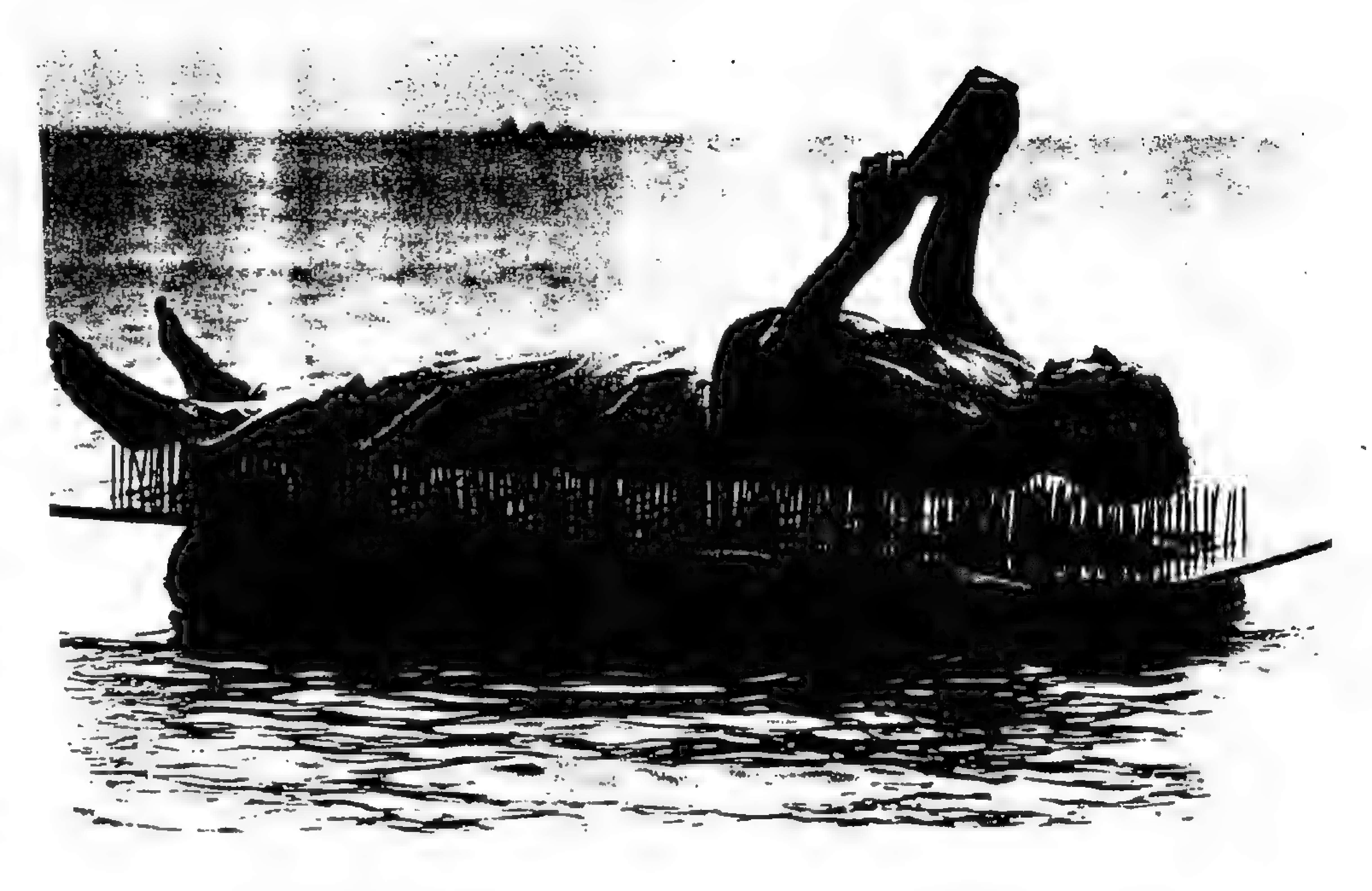
Bedeutet Erzwingungs-/Beugehaft besondere Haftbedingungen?

Für den Vollzug der Erzwingungshaft gelten die Bestimmungen des Strafvollzugsrechts, d.h. diejenigen, die in Erzwingungshaft sind, sollen behandelt werden wie Strafgefangene, was einen gegenüber der Untersuchungshaft teilweise gelockerten Vollzug bedeutet: Bestimmte einschränkende Maßnahmen, bspw. Post- und Besuchskontrolle sind der Anstalt vorbehalten, während dies bei U-Haft dem Richter vorbehalten ist.

Im 'radikal-Verfahren' hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs (BGH) Tätigkeiten, die der Anstalt obliegen, an sich genommen und entscheidet meines Erachtens ohne gesetzliche Grundlage über die Erteilung der Besuchserlaubnis und über die Weiterleitung von Post, m.E. unter Verstoß gegen geltendes Recht. Er ist nicht der nach Artikel 102 GG zuständige Richter. M.E. entscheidet er auch in einer Art und Weise, die rechtswidrig ist, indem er die Bedeutung der Erzwingungshaft und der U-Haft gleichstellt. Obwohl nach dem Gesetz derjenige, der noch nicht rechtskräftig verurteilt ist, als unschuldig zu gelten hat, schränkt die U-Haft die Kontaktmöglichkeiten nach außen gravierender ein als die Strafhaft, in der die Person bereits verurteilt ist.

Während also für die Erzwingungshaft an

sich die Voraussetzungen der Strafhaft gegeben wären, nimmt sich der Ermittlungsrichter beim BGH den für die Kontaktaufnahme nach außen wichtigen Teil Post/Besuch selbst vor, um darüber zu entscheiden. In dem Verfahren, über das wir hier reden, hat er allein an einem einzigen Tag elf Beschlüsse gemacht, in denen er Post anhielt oder Besuche nicht erlaubte. Daß der Ermittlungsrichter beim BGH sich die Erteilung der Besuchserlaubnis vorbehalten hat, bedeutet ebenso wie bei der Postkontrolle eher eine Kontaktsperre. Während seitens der Vollzugsanstalt zwei Besuche monatlich mit je einer halben Stunde bewilligt werden, hat die Art und Weise der richterlichen Tätigkeit hier bedeutet, daß der Betroffene einen Monat warten mußte, bis er überhaupt den ersten Besuch erhielt.



Müssen ZeugInnen, die zur Polizei/Staatsanwaltschaft oder zum Richter geladen sind, Angaben machen?

Vor der Polizei muß nach geltendem Recht derzeit noch niemand Angaben machen und einer Vorladung muß auch keine Folge geleistet werden. Ladungen zur Staatsanwaltschaft oder zum Richter müssen Zeugen Folge leisten - und mit einigen Ausnahmen Angaben machen. Die Ausnahmen, die das Gesetz regelt, gelten für Angehörige bestimmter Berufe, für Familienangehörige und für den Fall der Selbstbeschuldigung. Das Zeugnisverweigerungsrecht aus verwandtschaftlichen Gründen (52 StPO) und das aus beruflichen Gründen (53 ff. StPO) ist in der Regel unkompliziert. Komplizierter wird es beim Auskunftsverweigerungsrecht nach 55 StPO (wegen drohender Gefahr der Selbstbelastung). Während die Zeugnisverweigerung aus verwandtschaftlichen bzw. beruflichen Gründen das Recht beinhaltet, die Aussage insgesamt zu verweigern, bedeutet die Wahrnehmung des Rechts aus 55 StPO, daß für jede einzelne Frage geprüft wird, ob die Verweigerung unter Bezug auf 55 StPO rechtmäßig ist. Zeugen können bei der Geltendmachung des 55 StPO, wenn sie nicht selbst auch beschuldigt sind, nicht pauschal die Angaben verweigern.

Die Schwierigkeit bei der Geltendmachung der Rechte nach 55 StPO ist der mangelnde Überblick, den Zeugen haben. In Verfahren, in denen bspw. die Bundesanwaltschaft (BAW) ermittelt, ist der Anfangsverdacht gegen Beschuldigte in der Regel ungemein niedrig. So, wie die BAW in den sog. Organisationsdelikten im linksradikalen Spektrum ermittelt, gibt es dort wenig, was nicht ihren Verdacht erweckt. Besteht die BAW aber auf Zeugenaussagen, benimmt sie sich immer unglaublich generös, wenn es darum geht, Ausforschung zu betreiben. Da gibt es dann, wenn man den Aussagen einzelner Bundesanwälte folgt, fast nichts, was Zeugen in die Nähe von Straftaten rücken könnte. Mithin gäbe es kaum Angaben, die Zeugen selbst gefährden könnten. Da die BAW aber sicherlich nicht der seriöseste Verhandlungspartner bei der Prüfung von Verdachtsmomenten ist, empfiehlt sich eine sehr genaue Abwägung, in welchen Fällen Angaben zur Sache gemacht werden oder nicht. Möglicherweise müssen Betroffene es darauf ankommen lassen, bei einem Erzwingungshaftbeschluß Beschwerde einzulegen und den BGH überprüfen zu lassen, ob nun die Befürchtung der Zeugen berechtigt war, keine Angaben zu machen, da sie sich selbst belasten könnten, oder die Behauptung der BAW, die Zeugen könnten sich nie und nimmer verdächtig machen.

In Organisationsdelikten, gerade wegen sog. krimineller oder terroristischer Vereinigungen, ist große Vorsicht geboten, sich nicht selbst zu belasten. In der Regel können Zeugen den Umfang des Verfahrens und die Verknüpfung von Angaben, wie sie die BAW zu Lasten von Betroffenen vornehmen kann, nicht überblicken. In der Regel können Zeugen von Angaben, die sie gemacht haben, nicht zurücktreten. Angaben, die heute strafrechtlich irrelevant sind, können bei einer Umbewertung von Tatgeschehen strafrechtliche Relevanz bekommen. Angaben, die einmal aktenkundig gemacht sind, insbesondere Angaben gegenüber Ermittlungsrichtern, sind verwertbarer Aktenbestandteil. Kommt es in dem konkreten Verfahren zu einer Anklage, sind die Personen, die im Ermittlungsverfahren Angaben gemacht haben, Beweismittel im Sinne der StPO, werden als solche in der Anklageschrift erwähnt und müssen mit ihrer Ladung in die Hauptverhandlung zur Zeugenvernehmung rechnen.

Wenn sich Zeugen auf 55 StPO berufen, können sie deshalb ein Ermittlungsverfahren bekommen?

Nein. Das Auskunftsverweigerungsrecht beruht auf dem Grundsatz, daß niemand gezwungen werden darf, gegen sich selbst auszusagen. Aber eine einfache Berufung auf 55 StPO - z.B.: "Ich sage nichts, weil ich mich belasten könnte" - wird in der Praxis nicht anerkannt. In den Fällen, in denen die Staatsanwaltschaft oder das Gericht Zweifel an den Angaben von Zeugen haben, daß sie sich selbst belasten könnten, müssen diese die Tatsachen, auf die sie sich zur Verweigerung der Angaben stützen, glaubhaft machen (56 StPO), in der Regel durch die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung. Eine falsche eidesstattliche Versicherung ist strafbar. Es dürfen für die Glaubhaftmachung aber keine Angaben zu der Tat verlangt werden, um deren Verfolgung es geht. Zeugen brauchen sich durch die Glaubhaftmachung nicht selbst zu belasten. Zeugen dürfen nicht gezwungen werden, 'Beweismittel' gegen sich selbst zu sein.

Was passiert Zeugen, die falsche Angaben machen?

Sie können ein Verfahren wegen falscher uneidlicher Aussage oder wegen Meineids bekommen (153, 154 StGB) oder wegen Strafvereitelung (258 StGB), weil die Ermittlungsbehörden davon ausgehen, daß falsche Angaben gemacht wurden, um Personen vor der Strafverfolgung zu schützen. Ob dann zusätzlich gegen Zeugen wegen falscher uneidlicher Aussage oder Meineids ermittelt wird, hängt davon ab, ob die Aussage beschworen wurde oder unvereidigt geblieben ist. Die Strafprozeßordnung geht grundsätzlich davon aus, daß Zeugen Angaben machen müssen, und daß diese Angaben vollständig und wahrheitsgemäß sind.

Das Interview wurde von uns leicht gekürzt und überarbeitet.

Nehmen Sie das da wieder mit!

Birgit Hogefeld wurde im Juni 1993 bei einer groß angelegten Polizeiaktion in Bad Kleinen festgenommen. Ihr Lebensgefährte Wolfgang Grams und der GSG-9-Beamte Michael Newrzella kamen dabei ums Leben. Der Bundesminister des Innern mußte zurücktreten, der Generalbundesanwalt wurde entlassen. Zu viele Fragen insbesondere danach, wie Wolfgang Grams zu Tode kam, blieben unbeantwortet. Seit November 1994 wird gegen Birgit Hogefeld vor dem 5. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt verhandelt. Wurde ihr bei der Festnahme zunächst vorgeworfen, Mitglied der RAF gewesen zu sein und sich an einem versuchten Anschlag auf den früheren Staatssekretär Tietmeyer beteiligt zu haben, so wurde bald, um eine lebenslängliche Freiheitsstrafe durchsetzen zu können, im Januar 1994 der Haftbefehl wegen der Sprengung der JVA Weiterstadt, Mord und sechsfachem Mordversuch an Polizeibeamten in Bad Kleinen erweitert. Und das, obwohl Birgit Hogefeld die einzige war, die nachweislich nicht geschossen hat, weil sie während der Schießerei bereits gefesselt am Boden lag. Ziel dieser in der Öffentlichkeit bereits vielfach kritisierten juristischen Konstruktion ist es, die staatliche Version der Vorgänge in Bad Kleinen festzuschreiben, den wahren Geschehensablauf zu vertuschen, die Ursache des Todes von Wolfgang Grams auszuklammern und trotz gegenteiliger Zeugenaussagen einzig Birgit Hogefeld für die Toten in Bad Kleinen verantwortlich zu machen. Über einen eigentlich sehr privaten Aspekt der Begleitumstände dieses nun ein Jahr dauernden Prozesses, in dem die Angeklagte und ihre Anwälte oft durch die Verweigerung der Akteneinsicht in ihrer Verteidigung behindert wurden und werden, verfaßte Birgit Hogefeld unter dem Titel „Ich verstehe: Das muß frau verstecken" einen Bericht, der im folgenden leicht gekürzt wiedergegeben wird.

Schon am Vorabend hatte ich ein leichtes Ziehen im Unterleib und seit Tagen die körperlichen und psychischen Anzeichen dafür, daß „es" bald wieder soweit ist. „Es", das meint meine Monatsblutung, und im Gegensatz zu anderen Frauen ist das bei mir ein öffentliches Ereignis. Über meine Blutung wird von sieben Männern und einer Frau seit fast einem Jahr akribisch Buch geführt.

Schon bei Beginn des Prozesses gegen mich habe ich den Zuständigen mitgeteilt, daß ich am ersten Tag meiner Menstruation nicht zur Verhandlung kommen kann, weil ich starke Krämpfe habe und mir schlecht ist. Die Frau, der ich das sagte, meinte, ich sei in ihren fast 20 Dienstjahren hier im Frauengefängnis Preungesheim die erste Gefangene, die das vorbringt, und eigentlich würde sie sich jetzt auch darüber wundern. Angesichts dieser „ungewöhnlichen" Problematik sah sie sich gezwungen, ihre Chefs einzuschalten. Ab da wußte ich, daß ich entweder bereit sein mußte, das durchzufechten oder mir – wie es üblich zu sein scheint – für diesen Tag einen Vorwand auszudenken. Ich entschied mich für das erste. Wie bei zwei Prozeßtagen wöchentlich nicht anders zu erwarten war es schnell soweit: In der Nacht auf einen der Verhandlungstage bekam ich meine Blutung. Ich teilte es mit, und die entsprechenden Schritte wurden eingeleitet: Informierung des Gerichts und der Bundesanwälte, Absage an das Sondereinsatzkommando und die Polizei. Als ich einige Wochen später eine Verhandlung früher abbrechen ließ, weil ich Krämpfe hatte, sagte einer der Richter zu meiner Anwältin, daß es doch erst der 26. Tag wäre. Nicht einmal das mache ich vorschriftsmäßig. Danach hatte ich einige Monate „Glück" – bis zu einem Tag im Herbst 1995. Wieder sage ich morgens Bescheid, und wie beim ersten Mal kommt die Knastärztin; ich sitze auf dem Bett, Wärmeflasche auf dem Bauch, Frauenmanteltee neben mir und höre Musik. Ich sage ihr, daß ich Krämpfe habe und daß mir übel ist, aber auch, daß ich keine Medikamente brauche. Sie geht, und kurz darauf höre ich das Trampeln vieler Füße, die Zellentür geht auf und vor mir steht der Sicherheitsinspektor: „Sie müssen zum Prozeß, das Gericht will sich selbst ein Bild machen." Die Ärztin hatte also keine Verhandlungsunfähigkeit attestiert. In meinem Kopf beginnt es fieberhaft zu arbeiten. Wie kriege ich das Rollkommando wenigstens kurz wieder weg, um mich innerlich auf das Bevorstehende einzustellen; nicht einmal vollständig angezogen bin ich; da fällt mir der rettende Satz ein: „Sagen Sie dem Gericht, ich würde heute nachmittag kommen." Sie ziehen tatsächlich wieder ab. Der Prozeß wird auf 14.30 Uhr festgesetzt. An Entspannung ist in dieser Lage nicht zu denken; ich stehe mit Krämpfen auf, ziehe mich an – mir ist schlecht und ich bin wütend – und gehe in die Küche. Dort überlege ich mit zwei anderen Frauen, was ich im Prozeß machen soll. Beschweren? Ich sehe schon die arrogant lächelnden Gesichter vor mir, wie sie sich in ihrer Macht suhlen und mich jederzeit, egal wie es mir geht, zwangsvorführen lassen und erniedrigen können. Da sagt Marianne: „Es gibt nur eine Möglichkeit, wie Du den Spieß umdrehen kannst." Ich weiß sofort, was sie meint ... – aber ausgerechnet ich und ausgerechnet heute, wo ich nichts will als meine Ruhe? Paulina, eine sonst ganz Ruhige, ruft begeistert: „Ja, das mußt du tun!" Sie erzählt, wie sie sich einmal mit einer blutigen Binde vor der Vergewaltigung durch ihren Mann geschützt hat. Die Zeit läuft, ich muß mich entscheiden. Gut, ich werde es machen, nicht, weil mir eine solche Provokation gefällt, sondern weil sie mir keine andere Wahl lassen ...

Mit der blutigen Binde im Aktenordner betrete ich den Gerichtssaal und setze mich. Die Verhandlung wird eröffnet, ich schalte das Mikrofon ein und beginne so ruhig wie möglich: „Mir wurde heute morgen gesagt, daß Sie sich selbst ein Bild machen wollen." Ich stehe auf und gehe zum Richtertisch. „Und dazu verhelfe ich Ihnen jetzt." Peng! Ich knalle die Binde auf den Richtertisch. Beim Zurückgehen höre ich den Vorsitzenden stottern: „Aber so war das doch nicht gemeint." Ich setzte mich wieder; keine weitere Reaktion, acht Augenpaare berobter Männer und einer Frau starren mich an – Schweigen. Ich hatte gedacht, daß irgend etwas passieren würde, aber es passiert nichts. Sie starren und schweigen. Die Binde füllt den gesamten Raum diesseits der Panzerglasscheibe (hinter der die Zuschauer sitzen) und das Schweigen kommt mir ewig vor. Mir wird das zu blöde, ich will eine Reaktion. Ich beantrage, die Binde als Beweisstück zu den Akten zu legen, damit es in vier Wochen nicht wieder von vorne losgeht. Sie reagieren nicht und starren mich nur weiter an. Jetzt wird mir klar, sie sind zu keiner Reaktion fähig – der Spieß sitzt.

Irgendwann rappeln sie sich auf und versuchen einen normalen Verhandlungsablauf. Meine Anwälte stellen mehrere Anträge auf Unterbrechung, und nach einstündigem Hin und Her wird die Verhandlung schließlich unterbrochen. Als ich rausgehe, ruft mir der vorsitzende Richter zu: „Frau Hogefeld, wollen Sie das da wieder mitnehmen?" – er deutet auf die blutige Binde, die die ganze Zeit vor seiner Nase gelegen hatte. Ich verneine.

In der Folgezeit beschäftigt mich dieser Vorgang immer wieder, ich will mehr darüber wissen, besorge mir Bücher und rede mit anderen Frauen.

„Abendländische Kultur", Religion und Kirche, also fange ich da mal an: „Die Unreinheit der Frauen: Hat eine Frau Blutfluß und ist solches Blut an ihrem Körper, soll sie sieben Tage lang in der Unreinheit ihrer Regel verbleiben. Wer sie berührt, ist unrein bis zum Abend. Alles, worauf sie sich in diesem Zustand legt, ist unrein. Wer ihr Lager berührt, muß seine Kleider waschen, sich in Wasser baden und ist unrein bis zum Abend..." (3. Mose 15, 19-24). In anderen Weltreligionen scheint ein ähnliches Bild vorzuherrschen. Im Koran heißt es: „Sie werden dich ebenfalls nach deinem Umgang mit Frauen befragen. Sage: Sie sind eine Beschmutzung. Halte dich also fern von Frauen und komme ihnen nicht nahe, es sei denn, sie sind rein." Die Menstruation wurde und wird in fast allen Kulturen als bedrohliche, oft auch tödliche Macht angesehen und nur selten wird der „magischen Macht" des Menstruationsbluts eine positive, heilende Wirkung zugeschrieben wie beispielsweise in dem mittelalterlichen Brauch, die erste Binde einer Jungfrau als Schutz gegen die Pest wirken zu lassen. Vielmehr geben die folgenden Sätze des römischen Gelehrten Plinius die lange verbreitete Sicht vieler Menschen wieder: „Nicht leicht wird man etwas finden, was seltsamere Wirkungen hervorbringt als der Monatsfluß der Frauen. Most, dem sie in diesem Zustand nahe kommen, wird sauer. Feldfrüchte werden unfruchtbar, Setzlinge sterben ab, Gartenpflanzen verdorren, und die Früchte der Bäume, auf denen sie gesessen, fallen ab..." Das ist nicht nur ein Bild aus längst vergangenen Zeiten; noch in der 20er Jahren unseres Jahrhunderts behaupteten

Die Menstruation der Angeklagten – ein „Vorfall“ vor Gericht

Wissenschaftler herausgefunden zu haben, daß die Menstruation schädlichen Einfluß auf Pflanzen habe. Das Menstruationstabu zählt in vielen Gesellschaften bis heute zu den „heiligsten“. In der Geschichte haben die meisten Kulturen auf die Menstruation über das Geschlechtsverkehrstabu hinaus mit Ausgrenzung reagiert. Frauen von indianischen Völkern haben diese Zeit beispielsweise in Menstruationshütten außerhalb der Dörfer verbracht; andernorts durften und dürfen Frauen während dieser Zeit die Küche nicht betreten, oder ihnen ist der Zutritt zu Kirchen und Gebetshäusern verwehrt. Diese Ausgrenzung während der Menstruation ist sehr ambivalent. Sie spiegelt zum einen die Angst der Männer vor den „übermächtigen Kräften“ menstruierender Frauen wider beziehungsweise die Frauenverachtung in patriarchalischen Gesellschaften. Andererseits bietet dieselbe Ausgrenzung für Frauen die Möglichkeit, in der Zurückgezogenheit das Bedürfnis nach Ruhe und Besinnung auf sich selbst zu leben, und sie bietet Schutz: Paulina konnte mit der blutigen Binde die Vergewaltigung abwehren, und – wie Carla mir erzählte – sei für Frauen aus lateinamerikanischen Ländern, die hierzulande als Prostituierte arbeiten, die Menstruation die einzige Zeit, in der sie frei haben. Mit der Industrialisierung ging ein Wandel in der „Menstruationspolitik“ einher, denn bei massenhafter Frauenarbeit in den Fabriken war die Monatsregel schnell als negativer Wirtschaftsfaktor ausgemacht. In allen westlichen Industriestaaten werden seit Jahrzehnten Statistiken über den Arbeitsausfall, sprich Profitverlust, durch Fehlzeiten während der Menstruation erstellt. Im Zeitalter der Modernisierung geht es folgerichtig nicht mehr um Ausgrenzung menstruierender Frauen, sondern um ihre Integration, also Funktionsfähigkeit. Frauen von heute sollen während dieser Zeit „ihren Mann stehen“, „sauber“ und „diskret“ und „ohne lästige Gerüche“ so funktionieren wie immer. Wieviele Schmerzmittel und Psychopharmaka wir dafür brauchen, wieviel von unserer Weiblichkeit wir dafür verschütten und abtöten müssen, spielt dabei keine Rolle.

Am Abend nach dem Vorfall im Gericht, versuche ich mich zu erinnern: Ein etwa zehnjähriges Mädchen hängt im Garten Wäsche auf die Leine: Handtuch, Binde, Unterhose, Handtuch, Binde ... Plötzlich der schrille Aufschrei meiner Mutter, ob ich denn von allen guten Geistern verlassen wäre? Ich begreife nicht. Sie reißt die Binden wieder von der Leine und hängt sie alle dichtgedrängt nebeneinander wieder auf, dann wirft sie ein Geschirrtuch darüber, an dem sie so lange herumzupft, bis von keiner Seite mehr etwas von den Binden zu sehen ist. Das Tuch wird rechts und links festgeklammert. – Ich verstehe: „Das“ muß frau verstecken.

Der Prozeß wird sich bis weit ins nächste Jahr ziehen. Ich versuche ein Gespräch mit der Knastärztin: „Nur ein Prozent aller Frauen hat starke Menstruationsbeschwerden. Warum verweigern Sie Medikamente? Lassen Sie sich untersuchen!“ Es ist sinnlos weiterzureden. Ich sehe die monatlichen Schmerzen nicht als Krankheit, ich will sie nicht weg-medikamentieren. Mein Leben im Knast ist genauso wie das Leben der meisten Menschen in dieser Gesellschaft unzähligen äußeren wie inneren Zwängen unterworfen. Die Zeit der Monatsblutung ist für mich eine Zeit der Entspannung, des Mich-Zurückziehens, in der ich das, was ich mir selbst oft nicht zugestehe, auslebe. Und sie enthält darüber hinaus für mich auch Augenblicke der Wahrheit: Während der Zeit in Einzelhaft, in der ich 24 Stunden am Tag mit mir allein war, hatte ich nach etwa neun Monaten eine Art Blutsturz. Meine Monatsblutung, die normal angefangen hatte, wurde am Abend so stark, daß ich mich nicht hinzulegen wagte, weil ich befürchtete, das Bewußtsein zu verlieren und zu verbluten. Erst viel später begann ich zu begreifen, daß ich mit diesem Blut meinen toten Lebensgefährten losgelassen habe. Bis dahin hatte ich mit einem Toten die Zelle geteilt, ab dieser Zeit fing ich an mein eigenes Leben zu leben. Die Menstruation gehört zur Sprache meines Körpers, und die lasse ich mir von niemandem nehmen.

Der Text erschien in der SoZ vom 14.12.1995. Sie wird herausgegeben von der Vereinigung für Sozialistische Politik und erscheint 14tägig in der SoZ Verlags GmbH, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln.

„Im übrigen verkenne ich nicht Ihr persönliches Engagement ...“

Lutz Balding wurde wegen mehrerer bewaffneter Banküberfälle in den 80er Jahren zu insgesamt 29 Jahren Haft und anschließend 10 Jahren Sicherungsverwahrung verurteilt.
Nach einem fehlgeschlagenen Fluchtversuch über die Mauer der JVA Schwalmstadt wurde Lutz am 13.11.95 in den baden-württembergischen Knast Bruchsal verschleppt. Dort ist er als „besonders gefährlicher Gefangener“ weitgehend isoliert, seine BesucherInnen aus Kassel sitzen für zweimal 1 Stunde überwachten Besuch im Monat jeweils sieben Stunden im Zug, zuletzt wurde Lutz ein Computer-Kurs mit der Begründung verweigert, man könne ihn dann nicht kontinuierlich überwachen und bei seiner Haftdauer würde sich Weiterbildung nicht lohnen.
Am 20.11.95 begann Lutz in Bruchsal einen Hungerstreik mit der Forderung nach sofortiger Rückverlegung nach Schwalmstadt, den er nach 10 Tagen abbrach, um draußen Raum für Mobilisierung zu lassen.
FreundInnen aus Kassel schrieben im Dezember an den Grünen Justizminister v. Plottnitz:
„Wir wenden uns an Sie als den für die Haftbedingungen und die Zwangsverlegung verantwortlichen Justizminister mit der Forderung nach Rückverlegung und grundsätzlicher Prüfung der Haftsituation von Lutz Balding.
Wir begründen diese Forderung mit dem Recht des Herrn Balding auf eine Lebensperspektive. Damit meinen wir zunächst Haftbedingungen, die nicht einzig und allein darauf ausgerichtet sind, ihn als Menschen zu brechen. Mit Lebensperspektive meinen wir aber vor allem die reale Aussicht auf ein zukünftiges Leben in Freiheit. Die derzeitige Situation von Lutz Balding ist eine andere. Er hat als heute 37-jähriger den 08.05.2020 als Entlassungstermin. Er hat keinerlei Aussicht auf Vollzugslockerungen. Seine von ihm gewählten Kontakte nach draußen werden nach Kräften eingeschränkt. Herr Balding ist darauf angewiesen, sich tagtäglich zu wehren. Er hat sich bislang dafür entschieden, selbstbestimmt den Weg in die Freiheit zu suchen, d.h. bei jeder sich bietenden Möglichkeit die Flucht zu versuchen.
Wir erwarten von Ihnen aufgrund ihrer Erklärungen gegen die lebenslängliche Freiheitsstrafe und für eine Humanisierung des Strafvollzugs, daß Sie ihre Möglichkeiten ausschöpfen, Gefangenen wie Lutz Balding eine Perspektive zu eröffnen.“
Die schriftliche Antwort aus dem Grünen-Ministerium: *„Die Gründe der Verlegung liegen ausschließlich im Verhalten des Verurteilten Balding. Die Folgen, die sich aus seinem Verhalten zwangsläufig ergeben mußten, hat er somit selbst zu vertreten. ... Die Dauer, die Herr Balding noch im Vollzug zuzubringen hat, hängt demnach in besonderem Maße von seinem eigenen Verhalten ab. Es liegt somit an ihm selbst, welche Lebensperspektive er auf der Grundlage der bestehenden Umstände für sich entwickelt. Im übrigen verkenne ich nicht Ihr persönliches Engagement für den Verurteilten Balding ... “.*
Nicht zu verkennen ist vor allem die Absicht der Justizbehörden, Gefangene, die sich nicht anpassen, zu isolieren und in Trakte einzumauern. Lutz wäre nicht der erste Gefangene, der aufgrund seines Widerstandes aus Bruchsal ins bayrische Zuchthaus Straubing abgeschoben wird. Die Aussicht, nach Fertigkeitstellung von Weiterstadt in die dort vorgesehene Wohngruppen Totalisolierung zu geraten, ist mindestens genau übel. Es bleibt die Forderung nach Rückverlegung in die JVA Schwalmstadt und - keine Frage - Freiheit für Lutz. Bei Rücknahme der Sicherungsverwahrung und kosequenter Anwendung der 2/3 Regelung muß er spätestens im Jahr 2002 rauskommen!
Zur Aussicht auf vorzeitige Entlassung hatte Lutz allerdings in seiner



Hungerstreikerklärung vom 20.11 geschrieben: *„Eine andere Perspektive als Knast bis zum Ende wird es seitens des Apparats nicht geben, weil ich sage: heute begreife ich mich - meine Vergangenheit, meine Situation - in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Diese kaputte Kiste, Identität über Konsum, Besitz, Macht zu finden, mit irre viel Kohle das Glamourleben der Upper-Class nachäffen zu wollen, waren Wegweiser und bestimmend. Das liegt heute hinter mir. Damit stehe ich diametral zu der Rolle, die der Apparat und breite Teile der Bevölkerung einem gefangenen 'Verbrecher' zugedacht haben: er soll die auf Bereicherung und Besitz angelegten Gesellschaftsideale anstreben, nur, im Gegensatz zu früher, jetzt legal.“*

Engagiert Euch gegen:
Justizminister v. Plottnitz
Postfach 3169
65021 Wiesbaden
Fax Nr. 0611/ 32-2691

Schreibt Lutz!
Lutz Balding
Schönbornstraße 32
76 646 Bruchsal
(3 Briefmarken pro Brief gehen rein)

erklärung zum hungerstreik,mit beginn am 3.1.96--zur bekanntmachung und protest gegen die haft-u.lebensbedingungen im hochsicherheitstrakt der strafvollzugsanstalt in Novara,Italien.

von Marco Camenisch
Novara, 3.1.1996

die haft-u.lebensbedingungen sind:
Keinerlei räume/geräte zur körperlichen betätigung,fussballplatz,halle etc.,verbot aller sportl. geräte auch in der zelle(gewichte,springseil,etc.) ausser fuß-u.basketbäle,mit welchen nur in den 12 x 12 m kleinen,gänzlich vermauerten u. mit gitterrosten bedeckten gemeinschaftshöfen od. im "grossen" unbedeckten gemeinschaftshof /12 x 24) gespielt werden sollte.
- Verbot in der Zelle od. anderen (nichtexistierenden) räumen eines jeglichen mittels u. geräts zur freizeitlichen,künstlerischen,handwerklichen oder arbeits- betätigung,ausser büchern,papier u. kuli,farbstifte (kein musik=instrument,pinsel,farben,schreibmaschine,Pc etc,sogar keine undurchsichtigen filzstifte...)
-"Carcere d` oro"(finanzskandal knast): was nicht strikte sicherheit ist,wurde mit billigstem material u. aufwand hergestellt,regnet i.d.zelle, trackt von west nach ost gebaut und von wenigen metern entfernten hohen mauern + teilweise sichtblenden (nach innen) umgeben,was stets schatten und feuchtigkeit bedeutet, ausser für die südwärts gerichteten zellen des 1. stockes,die einzigen, die im winter etwas sonne abbekommen. keine sonne im winter auch in den höfen.zelleneinrichtung mit fixiertem tisch so konzipiert, dass beim schreiben das blatt bei tages-od.künstl.licht immer im schatten von kopf od. hand liegt.
-besuchsraum im sommer zum ersticken, im winter eiskalt,nicht beheizt. für die drei erlaubten erwachsenen (kinder"frei") besuchspersonen je ge=fangener ein sitzplatz (betonklotz) vorhanden,stehend platz für 2 personen zwischen den seitlich4en trennscheiben.Keine alternativen,z.b. grünanlagen,im freien,für kinderfür intime besuche
-schlafentzug:oft brüllt die wachablösung (je 2 h) auf der etwa lo m ent=fernten mauer (mit laufsteg)extra laut,entweder nachtlicht an od. alle 2h scheinwerfer der zellenkontrolle im gesicht,seit einigen monaten oft u. zu jeder tag-u.nachtzeit alarm"proben",i.d. gängen der stöcke (hat nachgelassen)
-arbeit in innerer organisation (putzen,essenverteilen etc.) wenig mit zuerst (anf. 90iger) halbierten dann gedrittelten löhnen.
-gesundheitswesen:klar sind die lebensbedingungen im h.s. trakt NO in fast allen u. allen wesentlichen punkten krankmachend. arztvisite täglich,aber die wartezeiten zum spezialistischen untersuch (1-11/2 monate),zum röntgen u.a untersuchungen(außer notfällen) innerhalb des knastes (3 wochen bis über einem monat),für untersuchungen außerhalb (von 3 monaten an) sind medizinisch ungenügend und verantwortungslos. ich habe sechs monate auf eine tomographie und ein jahr auf einstweilen schlüssige diagnose zur bös- oder gutartigkeit eines nebennierengeschwürs gewartet. ärztliches geheimnis existiert nicht, systematisch stehen bei visiten neben zivilem und militär-ischem sanitätspersonal, einige wärter in sicht- und hörweite. sogar im operationssaal im zivilspital steht ein nichtsanitäter der wachmannschaft. (...) wenige ärztInnen handeln vorerst als solche... kritische kranke mit frommen selbstbestimmungs- und mitverantwortungswünschen werden noch nehr benachteiligt, bis zum boykott und verbot von einfachsten heilmitteln (...) gegenüber der hohen krankheitsrate wegen feuchtigkeit, weitsicht-, farb-, licht-, betätigungsmangel und mangel an sozialer interaktion (gegen außen und innen), schlaff an jeglicher lebensperspektive kann andererseits jeder ärztliche dienst nur impotent und dazu gezwungen sein, jede menge linderungs, und symptombekämpfungsmedikamente (krank- und süchtigmachende) zu verabreichen.(...) bis 92 waren, nach harten kämpfen der politischen und sozialen langzeitgefangenen gegen tägliches zusammenschlagen und null lebensbedingungen von 82 an, minimale frei-, fortbildungs- und arbeitsräume

geschaffen. und zugänglich geworden (schule, computeter und bastelraum). zugang auch zu den zwischenzeitlich in kraft getretenen wieder eingliederungsmaßnahmen (urlaube etc.). das klima zwischen sicherheitspersonal und gefangenen war erträglich geworden. der trakt war stark unterbelegt. 92, mit dem notstandsdekret der danach gerichtlich untersuchten (skandale) minister scotti-martelli werden in kurzer zeit alle freiräume abgeschafft, die hofgänge auf je anderthalb stunden gekürzt, und der trakt wird vor- und hinterhof der insel pianosa und asinata mit den folterknästen für gefangene mit dem strafverschärfenden notstandsartikel 41, die vor allem auf der pianosa während etwa einem jahr massiv gefoltert werden(essens- und schlafentzug, keine kommunikation nach außen, schläge auch mit todesfolgen). der trakt von novara füllt sich. ansonsten bringen die friedlichen, schüchternen und kollektiven streiks und proteste hier, in zusammenhang mit den allgemeinen kämpfen gegen die ebenso allgemeinen verschärfungen der haftbedingungen in ganz italien, gegen die sabotage der wiedereingliederungspolitik, die überfüllung der knäste (in diesem jahr stieg die gefangenenzahl durch verschärfte repression gegen "kleinkriminalität" von ca. 32000 auf 55-56000 gefangene), gegen das marode sanitätssystem überhaupt nichts (...) die haft- und lebensbedingungen in diesem trakt entsprechen klar und an mehreren gundlegenden punkten nicht den minimalenvoraussetzungen von menschenwürde, psychischer und physischer unversehrtheit (...) solidarität mit den genossInnen des solidarischen anarchistischen netzes, dem ich angehöre (...) kürzlich mit einer massiven durchsuchungswelle von wohnungen und zellen in ganz italien belegt (vorwürfe waren: subversive vereinigung, bewaffnete bande, entführung, mord, mordversuch, attentate auf öffentlich "schädliche" anlagen etc.) (...) es handelt sich um kollektive verfolgung, radikaler ablehnung von ausbeutung und herrschaft und vor allem von solidarischen beziehungen auch unter und mit sich in haft befindenden genossInnen.

land und freiheit!!!



Initiative Freiheit für Hanna Krabbe
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Hamburg, den 19. 1. 1996

- *SOFORTIGE FREIHEIT VON HANNA KRABBE*
- *FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN*
- *ABSCHAFFUNG DER ANHÖRUNG UND DER PSYCHIATRISCHEN GUTACHTEN VOR DER ENTLASSUNG*
- *KEINE AUSLIEFERUNG VON BENJAMIN RAMOS VEGA*

Hallo, liebe Leute,

in aller Eile wenden wir uns an Euch mit der Bitte, Euch für die sofortige Freilassung von Hanna Krabbe einzusetzen. Eine Möglichkeit dazu ist, den beigefügten Brief so schnell wie möglich an den politisch verantwortlichen Bundesjustizminister und an den Richter beim Oberlandesgericht, Steffen, zu schicken. Aber vielleicht habt Ihr auch andere Ideen, um mit euren Möglichkeiten Hannas Entlassung schnell voranzutreiben und auch die Freilassung der anderen politischen Gefangenen zu fordern. Seit der Anhörung am 30. November 1995 ist bisher vonseiten des Gerichts nichts passiert und wir vermuten, daß die Entscheidung, Hanna freizulassen, vom Oberlandesgericht, Richter Steffen, und dem Gutachter, Dr.med.Henning Saß, durch Nichtverhalten blockiert wird.

In diesem Zusammenhang möchten wir Euch auch auffordern, Benjamin Ramos Vegas solidarisch zu unterstützen. Wie ihr bestimmt wißt, befand sich Benjamin vom 30.12.95 bis zum 17.1.96 in Berlin-Moabit im Hungerstreik gegen seine Auslieferung an Spanien. Er ist dort wegen Unterstützung der ETA angeklagt, wobei die Anklage ausschließlich auf Aussagen anderer beruht, die unter Folter gemacht wurden.

Gleichzeitig wollen wir Vorstellungen davon entwickeln, wie wir längerfristig auch die Freiheit aller politischer Gefangenen erreichen können. Wenn Ihr dazu arbeiten oder mit uns diskutieren wollt, so schreibt uns, damit wir mit Euch Kontakt aufnehmen können. Wir bitten Euch auch um eine kurze Rückmeldung, ob Ihr den Protestbrief (bzw. eine Kopie) abgeschickt habt.

Viele liebe Grüße

NEUerscheinung



20 Jahre **radikal** nimmt das Buch zum Anlaß, einige Fragen zur *Geschichte und Perspektive autonomer Medien* zu stellen ...

Redaktionsgruppe

20 Jahre radikal

Geschichte und Perspektiven autonomer Medien

ca. 180 Seiten, A4
4-farbig
4-farb. Plakat (A1) beigelegt
ca. 29,- DM/sFr – 227 öS
ISBN 3-928300-44-X

20 Jahre radikal nimmt das Buch zum Anlaß, einige Fragen zur Geschichte und Perspektive autonomer Medien zu stellen. Verschiedene Beiträge befassen sich mit dem gegenwärtigen Stand und Zustand der autonomen Zeitungslandschaft, drohender Zensur durch die §§ 129 und 129a StGB, Problemen und Chancen offener und verdeckter Erscheinungsweise, sowie Ästhetik und Sprache.
In einem Ausblick sollen Wunschvorstellungen und Realisierbarkeit künftiger autonomer Medien und Kommunikations(techniken) dargestellt werden.

1976 erschien die erste *radikal - sozialistische Zeitung für westberlin.* 1980 wurde sie im Zuge der Radikalisierung der HausbesetzerInnenbewegung in Berlin zur *radikal - zeitung für unkontrollierte bewegungen.* Wie Berlin als die *Hauptstadt der Bewegung* wahrgenommen wurde, erlangte die radikal bundesweite Bedeutung als Diskussionsforum der autonomen Linken. Bereits seit 1982 wird sie massiv verfolgt und ein legales Erscheinen verhindert. Ein Grund dafür ist, daß die radikal Texte von illegalen Gruppen und Erklärungen zu militanten Aktionen unzensiert abdruckt und zur Diskussion stellt.
1984 wurden zwei angebliche Herausgeber vor Gericht gestellt; 1986 zahlreiche Buchläden und VertreiberInnen angeklagt und verurteilt. Seit Sommer 1995 sind mehrere Menschen von Verfahren betroffen, die der redaktionellen Herstellung der radikal beschuldigt werden; weitere werden derzeit mit Haftbefehl gesucht.

Im Buch werden die verschiedenen Phasen und Brüche in der Geschichte der radikal geschildert, dokumentiert und „historisch-kritisch" kommentiert (selbstverständlich mit einer Chronik). Die Diskussionen von Frauen innerhalb der Redaktionsgruppen werden eigenständig thematisiert.
Ausgewählte Artikel aus 20 Jahren – die ihre Bedeutung bis heute nicht verloren haben – werden im Faksimile dokumentiert. Ein Plakat mit verschiedenen radikal-Titelblättern liegt bei (nicht zuletzt, um dem Klischee der „linken Häßlichkeit" den Boden zu entziehen ...).

Dieser Titel erscheint als Gemeinschaftsausgabe der Verlage Unrast-Verlag - Verlag Libertäre Assoziation - Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße - Edition ID-Archiv mit jeweils unterschiedlicher ISBN. Bitte achten Sie darauf, den Titel nur bei einem der Verlage vorzubestellen !



Die Unregierbaren - Autonome Liste
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal

Tel.: 0202 - 311790
Fax: 0202 - 304543

Liebe ParteifreundInnen, liebe Leute,

wir würden gern am Samstag, den 9. Juli ein Auswertungstreffen der Unregierbaren machen. Hoffentlich könnt ihr so kurzfristig nach Wuppertal um 13.00 ins Autonome Zentrum nach Wuppertal kommen. Wir können euch auch mit „Bergischen Kaffeetrinken" und Schwebebahn fahren ködern. Also ihr BerlinerInnen und ihr aus Weimar, aus den Hochburgen in Stuttgart, Weimar, Frankfurt, Herne, Ratingen, Altomünster, Bremen, Bielefeld, Rinteln und Hannover kommt doch noch ein letztes mal nach Wuppertal, damit wir das ganze Wahlspektakel nachbereiten können. Wenn ihr nicht kommen könnt, schickt uns doch eure Flugis, Wahlergebnisse, Plakate, Berichte über Aktivitäten und wie ihr das ganze bewertet!!!

Wir aus Wuppertal hätten jedenfalls Lust, das ganze zu dokumentieren.

Was uns auch noch wichtig ist, wir sind in den letzten Wochen vor der Wahl ziemlich unter die Repressionsräder gekommen. Wir hatten uns als einen inhaltlichen Beitrag überlegt, was zu der ungeheuerlichen Zusammenarbeit des Wuppertaler Staatschutzes mit den faschistischen Hak Pao und dem V - Mann Bernd Schmitt zu machen, und Leute von uns hatten sich mit Schlapphüten und Trenchcoats ausgerüstet und haben eine Gegenobservation gegen die Staatsschützer organisiert. Bei der Aktion haben SEK Bullen zwei von uns erheblich verletzt und alle eingefahren. Sie ermitteln jetzt gegen alle 11 wegen eines § 89, das ist eine Art Wehrkraftzersetzung der Polizei und was sich wie ein schlechter Witz anhört, meinen sie bitter ernst: sie lancieren, daß unserer Aktion den gesamten Staatschutz verunsichert und am effektiven Verteidigen der Staatssicherheit gehindert hat und drohen mit einem großen Verfahren vor dem Staatsschutzsenat in Düsseldorf. Ihr Trick ist, alle Ereignisse der letzten 4 Jahre, (von Steinen auf Bullenautos zu verfaultem Nudelsalat ins Bullenauto) als eine von langer Hand geplante Zersetzungsaktion darzustellen!!

In Wirklichkeit versuchen sie mit der Hetze und der Kriminalisierung gegen uns, von ihrer Zusammenarbeit mit Bernd Schmitt abzulenken. Das sie Hak Pao als faschistisches Rekrutierungszentrum mitfinanziert und was nicht minder ungeheuerlich ist, in Ruhe gelassen haben. Unter den Augen der Wuppertaler Polizei konnten sich Neonazikader aus der Region organisieren und Kids wie die mutmaßlichen Mörder von Solingen rekrutieren. Der geheime V-Mann prahlte mit seinen guten Kontakten zum Wuppertaler Staatsschutz und wie ein richtiger Geheimagent ging er am heiligten Tage zur Besprechung ins Polizeipräsidium, bekam von seinen Polizei-Kollegen Fotos von Antifaschisten zugeschoben und konnte, nur ein paar Tage nach dem Mordanschlag in Solingen 45000 Blatt Akten mit Anschlagsskizzen von Häusern, Namenslisten und Anleitungen zum Molotov-Cocktail Bau (trotz Polizeikontrolle, die angeblich nichts interessantes fanden), in Sicherheit bringen. Da tuen sich Abgründe auf, die, wenn wir offensiv die Dinge in die Öffentlichkeit bringen, nicht nur dem Herrn Schnoor den Ministersessel kosten können, sondern erst recht den kleinen Schreibtischtätern vom Wuppertaler Staatschutz die Pension rauben könnten.

Zum Schluß noch zu den Finanzen: Für müssen dringend noch die Rechtsanwältin mit 600 Mark bezahlen, die Lindenstraße hat uns wegen Urheberrechten freundlicherweise 1500 DM in Rechnung gestellt wegen der Titelmelodie in einem Radiospot!!! Auch manche Plakate sind noch nicht bezahlt. Also her mit der Kohle!!!!!!

Postgiroamt Essen Freie Medien BLZ: 360 100 43 Ktnr.: 0470834437

viele unregierbare Grüße aus Wuppertal

Liebe unregierbare GenossInnen,

pünktlich zu unserer x ten Kampagne gegen den Wuppertaler Staatsschutz und zum Prozeß gegen Stephan am 1. Februar machen wir eine zweite Auflage unserer Broschüre 150 Jahre Die Unregierbaren - Autonome Liste - Wie alles anfing und wie es endete! Sie kann über den Infoladen in Wuppertal für 8 Mark und Porto bezogen werden:

Infoladen Wuppertal
Brunnenstr.41 42105 Wuppertal

MARCHSTRASSE/EINSTEINUFER ALARM!

Nach sieben Jahren Besetzung ab 31. Januar räumungsbedroht!

Ein Papier des Innensenats gibt zu, daß wir legal nicht zu räumen sind.

!

Setzen deshalbder **Innensenat** und die Henning, von Harlessem & CO GmbH, die **Eigentümerin** unserer Häuser auf **Eskalation**, um uns illegal zu **räumen?**

Wir, die 70 BewohnerInnen der besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer und der Wagenburgen in Charlottenburg und damit die letzte Besetzung in Westberlin, sind nach einem über 4 jährigen Räumungsprozeß jetzt räumungsbedroht. Aber nicht, weil ab 31. Januar über ein Dutzend und Ende Februar weitere drei Räumungstitel wirksam werden, sondern, weil es der Innensenat und die Eigentümerin so will. Denn die Räumungstitel passen zum größten Teil nicht auf die BewohnerInnen. **Juristisch hätte die Eigentümerin wohl keine Chance, ihr Eigentum in naher Zukunft zurückzubekommen, wird in einem Arbeitspapier des Innensenats bedauert**, da, wie der Innensenat ganz richtig annimmt, mittlerweile die meisten BewohnerInnen nicht verklagt sind und seit über eine Jahr dort wohnen. Viele der Beklagten wohnen dort nicht mehr. Und wenn du über ein Jahr in einem Haus wohnst, mußt du erstmal rausgeklagt werden. Das ist bei fast allen jetzigen BewohnerInnen so. Wenn der Gerichtsvollzieher kommt, kann er also eigentlich gar keinen auf die Straße setzen.

Außerdem gibt es weder von der Eigentümerin der Häuser noch vom Senat, dem der andere Teil des Geländes gehört, eine aktuelle Planung für das Gelände, noch hat die Eigentümerin eine Abrissgenehmigung für unsere Häuser. Das sind genau die Faktoren, die nach der sogenannten "Berliner Linie" des Senats für Häuserräumungen, eine Räumung unmöglich machen. Aber der Innensenat sieht das wohl anders. Die Generalprobe der Polizei am 15. Dezember, als sie wegen lächerlicher Haftbefehle, wie nicht gezahlter Geldstrafen von 180 DM, mit 400 Beamten unsere Häuser stürmte und genau abfilmte und auch noch die Bauwagen auf Transportfähigkeit hin untersuchte und 10 AusländerInnen eine Woche in den Abschiebeknast Grünau verschleppte, spricht eine deutliche Sprache. Auch der zuständige Gerichtsvollzieher spricht von einer "härteren Gangart". Eine Räumung ohne Polizei und ohne Sicherung der geräumten Wohnungen würden seiner Meinung nach weder die Eigentümerin noch die Polizei zulassen. Da wir der Meinung sind, daß dem Innensenat die Interessen der Eigentümerin, ihr Eigentum zurückzubekommen näher sind als der Erhalt unseres Wohnraums, befürchten wir eine polizeiliche Eskalation am Tag wenn der Gerichtsvollzieher kommt, also ab Anfang Februar oder davor - eine Eskalation, mit der sich die Polizei Gründe schafft, alle Leute aus den Häusern zu räumen, illegal natürlich und das dann, wenn die Häuser leer sind, die Eigentümerin Tatsachen schafft, indem sie die Häuser unbewohnbar macht, wie sie es schon 1988 mit dem Haus Einsteinufer gemacht hat. Danach werden die Häuser wieder leerstehen wie in den Jahren vor der Besetzung. Das werden wir nicht zulassen, basta!

Allein machen sie dich ein! Deshalb:
Jeden Dienstag 17 Uhr
UnterstützerInnentreffen
Cafe VAMOS Marchstraße 23

Besetzte Häuser

Marchstraße/Einsteinufer:

7 Jahre Kampf, 7 Jahre Widerstand gegen Hauseigentümer, 7 Jahre mietfrei, 7 Jahre gemeinsames Leben, 7 Jahre Platz für Leute die sonst schwer oder gar keine Wohnung bekommen, 7 Jahre Leben ohne Bevormundung durch Besserwisser und Sozialarbeiter, 7 Jahre Leben und wohnen auch ohne deutschen Pass, 7 Jahre arschkalt im Winter und 7 Jahre Räumungsstreß. Wir haben 7 Jahre lang billigen Wohnraum erhalten - ohne einen Pfennig öffentlicher Gelder zu bekommen.

Das ist mehr als jede (r) Politikerin geschafft, gewollt und gewünscht hat.

Bis jetzt (27.1.1996) haben sich die Charlottenburger Baustadträtin Beate Profé, die Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg, die SPD und B90/Grüne Fraktion und einzelne PolitikerInnen gegen eine Räumung und für eine Legalisierung ausgesprochen. In der Presse wurde wohlwollend über uns berichtet. Sie kommen nicht an uns vorbei. Das ist ein kleiner politischer Erfolg. Aber das ist auch die gleiche Situation wie 1989, am Anfang der Besetzung. Nur die Baustadträtin geht einen Schritt weiter. Sie will der Henning, von Harlessem jeglichen Ärger machen, den sie Kraft ihres Amtes machen kann. Ein Schritt in die richtige Richtung. Verhinderung von Räumung ist eine Machtfrage. Unterkriegen müssen wir den CDU Innensenat und die Eigentümerin. So schwierig ist das. Wohnungsnot ist ein politisches Problem und bedarf einer politischen Lösung. 7 Jahre haben wir den die PolitikerInnen zu Verfügung gestellt, jetzt ist es 5 vor 12. Wir wollen Taten sehen.

Ab 31. Januar 1996 - letzte Tage einer erfolgreichen Besetzungsgeschichte?



Veranstaltung

Diskussion mit Udo Sierck über sein neues Buch

NORMalisierung von rechts - Biopolitik und ›neue Rechte‹

»Wohnungslose, homosexuelle oder behinderte Menschen werden auf offener Straße angepöbelt, angefallen, erschlagen. Finden die Überfälle in den Medien Erwähnung, einigt man sich schnell auf die Tätergruppe ›Skinhead‹ und wäscht seine Hände ansonsten in Unschuld. Genauere Recherchen vor Ort ergeben, daß es sich häufig um ganz ›normale‹ Jugendliche und Erwachsene handelt, die ihren Aggressionen freien Lauf lassen.

Seit der Etablierung der rassen- und sozialhygienischen Ideen zu Beginn dieses Jahrhunderts existiert eine sozialrassistische Linie, die sich gegen verarmte, in ihrer Sexualität unangepaßte, gegen physisch, psychisch oder sonstwie auffällige Menschen richtet.

Daß Rassismus und Sozialrassismus zusammengehören und gegen beide gehandelt werden muß, ist auch in linken Kreisen keine Selbstverständlichkeit – teilweise aus Unwissenheit über die Verknüpfungen, aber auch deshalb, weil diese Auseinandersetzung auf eigene Wertvorstellungen und Menschenbilder stoßen würde.

So dürfte es kein Zufall sein, daß es kritische Analysen zur Wiederbelebung der ›nationalen Identität‹ gibt, daß für die Politikfelder der Asylgesetzgebung oder der Inneren Sicherheit die Annäherung an rechtsextreme Ideologie herausgearbeitet wurde, daß Recherchen über Nazirock, die Medienmacht der Rechten und über ihre Verleger existieren: Über die sozio-biologistischen Vorstellungen der ›Neuen Rechten‹ und deren Einbindung in laufende Entwicklungen findet sich jedoch fast nichts. Die verbreitete Unaufmerksamkeit ließe sich damit begründen, daß die Ausgrenzung von Minderheiten ohnehin bundesdeutsche Realität ist und sie deshalb als gesamtgesellschaftliches Problem oder als Fall für die Sozialarbeit, keinesfalls aber als bedeutend für die antifaschistische Arbeit gesehen wird. Wichtiger dürfte jedoch sein, daß die ›Neue Rechte‹ in diesem Bereich an individuelle Lebensentwürfe rührt, die dem herrschenden Menschenbild stark ähneln. Eine zum Alltag des Zeitungungslesens gehörende Meldung – wie »Muskelerkrankung kann durch Pränatal-Diagnostik ausgeschlossen werden« – klingt harmlos, ersetzt aber die Rede von ›unwerten Ballastexistenzen‹ und fügt sich in die biopolitischen Konzepte des Rechtsextremismus.

Wenige bemerken die Bedeutungsgleichheit der Aussagen, zu sehr sind die Grundlagen dieser Politik – die Werte, die bestimmen, wie der gesunde und leistungsfähige Mensch zu sein hat – verinnerlicht. Dabei liegt hier ein entscheidender Ansatz, um die Trennungslinie zwischen linker und rechter Gesellschaftskritik sichtbar werden zu lassen.«

(Aus dem Vorwort des Buches; erschienen im Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg).

Freitag, 2. Februar, 20°°

Buchladen Schwarze Risse

Mehringhof, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin

Für den Aufbau von starken Frauenbefreiungsbewegungen weltweit

enternasional Kadın/Lezbiyen Mücadele Günü

internationales Frauen/Lesbenkampftag

8. März

8. Mart

Vorbereitungstreffen - Hazırlanma Toplantısı

2.2.96 20°° h

Hallehaus, Waldemarstr. 36

SF. 2. Stk. rechts

yaşasın enternasyonal feminist dayanışma

Hoch die internationale feministische Solidarität

Dünya çapında güçlü kadın kurtuluş hareketleri kurmak için



Veranstaltung von

Colpo

anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

Malatesta

Der Aufstand einer anarchistischen Gruppe unter Führung des italienischen Emigranten und Anarchisten Malatasta in London.

Videofilm auf Großleinwand

Eine Situations- und Milieuschilderung der Sozialrevo-lutionäre von 1910. Der historische Hintergrund anar-chistischer Auffassungen und Aktionen spiegelt auch ein Stück moderner Zeitgeschichte.
Errico Malatesta wurde 1853 in Capua/ Provinz Caserta als Sohn wohlhabender Eltern 1853 geboren. Er gehörte schon in seiner Jugend zu den MitbegründerInnen der an-archistischen Bewegung Italiens. Er starb 1932 und wur-de im Alter noch Zeuge der Unterdrückung der Bewegung durch den Faschismus. Jahrzehntelang war Malatesta das stärkste Energiezentrum der internationalen, anarchis-tischen Bewegung und eine beinahe legendäre Figur -überall von der Polizei gesucht, überwacht, festgenom-men, ausgewiesen oder inhaftiert. Dem Syndikalismus stand er skeptisch-kritisch gegenüber. Die Anarchist-Innen dürften sich nicht allein auf die ArbeiterIn-nenklasse stützen, da es dem Anarchismus nicht nur um die Emanzipation einer einzelnen Klasse, sondern um die vollständige Befreiung der ganzen Menscheit von ihrer dreifachen Versklavung (wirtschaftlichen, politischen und ethischen) geht.
Während des I. Weltkrieges hielt Malatesta sich wieder in London auf. In dem heftigen Disput, zu dem es inner-halb der anarchistischen Bewegung über die Haltung zum Krieg kam, nahm er eine kosquent internationalistische Position ein: im Gegensatz zu Kropotkin und zahlrei-chen anderen nahmhaften AnarchistInnen lehnte er es ab, sich mit der Sache der Allierten zu indentifizieren.

Montag, 05.02. um 21.00

Veranstaltungsort:
Cafe **Cralle**, Hochstädter Str. 10A:; Berlin-Wedding
S/U-Bahn Leopoldsplatz

Veranstaltung von

Colpo

anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

Ausbeutung im ökologischen Landbau.

Es wird nicht nur mit dem Öko-Label betrogen, sondernd oftmals verstecken sich hinter dem Begriff "Öko", miserable Arbeitsbedingungem, Öko-monopole und riesige Gewinne,

Referat mit Disskussion

In der Region Brandenburg/Berlin wird die Marktlücke -ökologischer Landbau - staatlich und kommerziell erschlossen. Der Ökomarkt bommt. Aber Öko-Produkte werden teilweise zu frühkapitalistischen Bedingungen produziert.
- allgemeine Entwicklung der Landwirtschaft in Brandenburg
- Umstrukturierung 90-92 der LPG und Betriebe.
- Stand heute
- ökologischer Landbau allgemein und die spezifische Ausprägung in Brandenburg
- ökologischer Landbau und Arbeitsmigration (Sessionarbeit - Billigarbeits kräftepotential aus Polen usw.)

- Öko-Direktvermarktung gegen Produkte aus der dritten Welt.
- die Macht der VerbraucherInnen
- Ökoprodukte unter sozialen und politsichen Anspruch
- Praktische Ansätze von unten.

Dienstag, 06.02. um 19.00

Koyaanisqatsi

Experimenteller Dokumentarfilm über den Mißbrauch der Erde durch den Menschen und die Schädigungen urbaner Zivilisation.

Video auf Großleinwand

Die filmische Meditation und Prophezeiung ist Beschwörung des Mentekels einer entstellten Gesellschaft und Apell zur Veränderung, Selbstbesinnung und Rückkehr-Aufbruch zu Werten einer Kultur, die hummane Werte und gefühls- wie vernunftsmäßiges Handeln einschließt. Ungewöhnlich auch die formale Struktur des Films: eine Montage von Bildern und Musik ohne ein gesprochenes Wort.

Dienstag, 6.2. um 21.00

MEINE ZIGARETTE IST AUSGEGANGEN. GIB MIR MAL FEUER!

UNTER WASSER? UN-MÖGLICH! DAS IST GEGEN DIE NATURGESETZE.

ACH, KOMM MIR NICHT MIT GESETZEN! NUN MACH SCHON!



Initiativen und Informationstreffen

Anarchistische Bedürfniss-wirtschaft Initative Berlin

Die Initiative zur anarchistischen Bedürfniswirtschaft versucht sowohl theoretische Grundlagen zu diskutieren und zu entwickeln, wie auch parktische Ansätze zu initieren und aufzubauen
Alle interressierten Menschen sind hierzu willkommen sich zu informieren und eventuell Kontakt aufzunehmen.
Neben Punkte die aus aktuellem Interresse informiert und diskutiert werden, sind vorgesehen Grundlagenthema: Der Mensch und seine Bedürfnissbefriedigung -Thesenreferat-

Aktuelles: Die Idee ein Landhaus im Umkreis von Berlin zu erwerben, auszugestalten und zu betreiben für die Bedürfnisse kurzfristige Erholung, ruhige Arbeitsatmophäre, günstiges Wohnen, Aufbau für Wohn- und Lebensmöglichkeit, Austausch und Treffbereiche außerhalb der Stadt usw.
Das Projekt ist schon konkret angedacht und könnte auch kurzfristig verwirklicht werden.

Mittwoch, 7.2. um 18.00

Veranstaltungsort: **EL Locco**
Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

PROZESS KOSTEN SOLIPARTY

FREIHEIT FÜR DIE BEUGEGEHAFTETEN!

GRUß AN DIE ABGETAUCHTEN!

COCKTAILS, TANZ & BODENNEBEL

PAßT BLOß AUF!

DIE GEWINNE DER PARTY SIND FÜR EINIGE NEUKÖLLNERINNEN, DIE EINEN FIESEN PROZESS HABEN.



am Sa. 3. Feb.

ab 20^00 im

S.Y.N.D.I.K.A.T.

WEISESTR. 56 / Ubhf: Boddinstr. U8

ab 22^00 3,- EINTRITT

v.i.s.d.P. Tia Maria, Weisestr. 1234

Scheiß aufs Schicksal!!

ROTE FLORA

-AUFBAU-PARTY

JUNGLE - TEKKNO - HOUSE

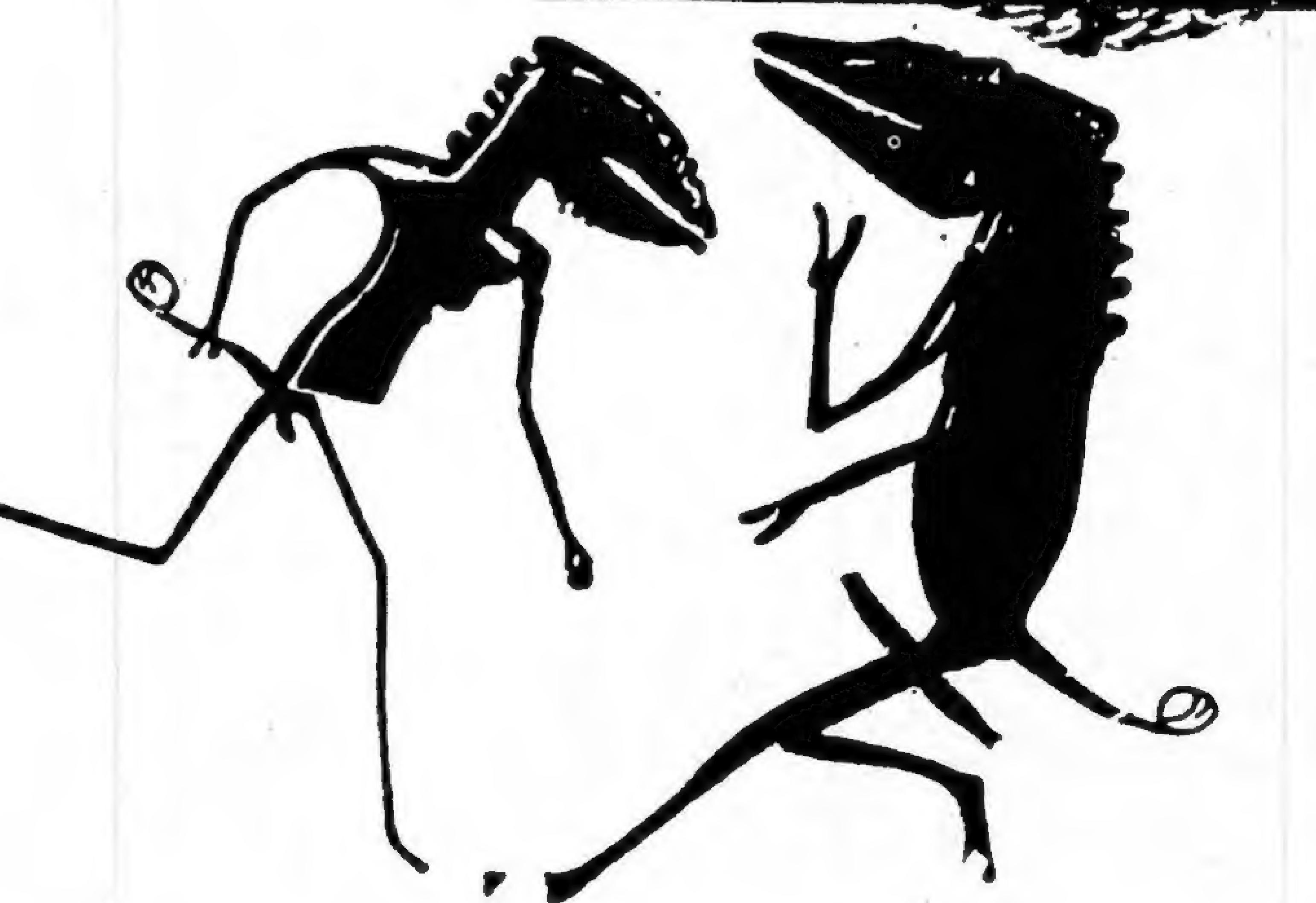
F

DJ Chemist
DJ Marion
DJ Digital-Joy

Film "NUR MUT" 36 min
PHANTOMENTALE TAGE
(Floraeröffnung 1990)

MITTWOCH 07.02.96 21.oo h

KRÄHENFUß (Humboldt-Uni)



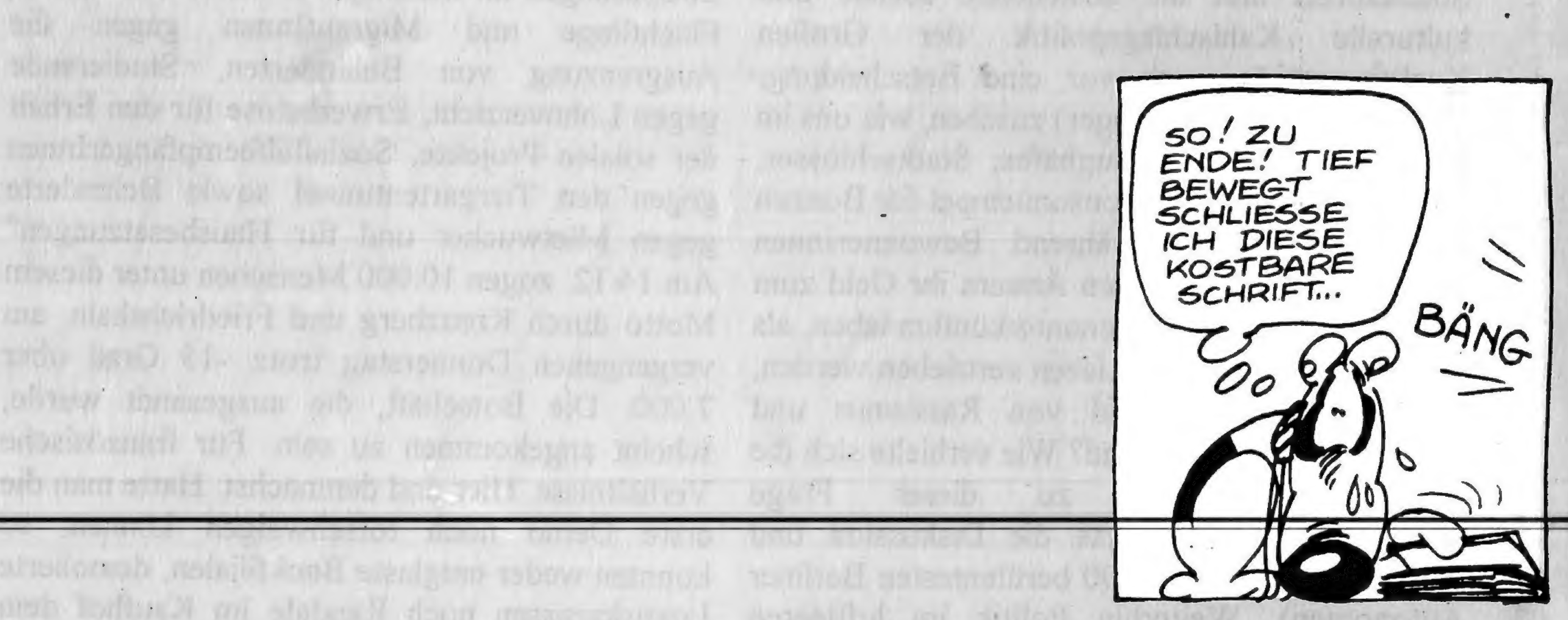
Das Wort zum Donnerstag:

LA CLASSE OPERAIA VA IN PARADISO (?)

Na? Bestimmt auch Nanni Balestrini zu Hause im Bücherschrank. Oder zumindest irgendwo im Regal Deiner/ Eurer WG. Damals in Italien. Die soziale Revolte - Arbeiterautonomie, Jugend- und Studentenprotest. War ja auch als Ausschnittsphoto auf dem Cover der letzten Interim zu sehen. Wirklich sehr schön. Auch die spannenden Seiten zu den jüngsten Ereignissen in Frankreich. Die Kämpfe dort, der größte Streik seit 1968 füllten gleich diverse Seiten der letzten Ausgaben. Echt schau. Leider wieder haarscharf an den sozialen Realitäten im eigenen Land - oder betrachten wir es durch die große Lupe - der eigenen Stadt vorbei. Seit dem 25.01.96 geht erneut das Gespenst des schwarz-roten Senats um in Dead Wall City nebst angeschlossenem Teil. Scheißen wir drauf. Ist uns egal. Großartig. Aber der ultimative Angriff der Bundesregierung auf den unteren Teil der Zweidrittelgesellschaft, der massive Sozialabbau und die anstehende soziale und kulturelle Kahlschlagspolitik der Großen Koalition stellen uns vor eine Entscheidung. Wollen wir wirklich (länger) zusehen, wie uns im Hauptstadtwahn Großflughäfen, Stadtschlösser, Tiergartentunnel und Konsumtempel für Bonzen beschwert werden, während BewohnerInnen dieser Stadt in überfüllten Ämtern ihr Geld zum Leben abholen, in Massenunterkünften leben, als MieterInnen aus ihren Kiezen vertrieben werden, Lohnverzicht üben und von Rassismus und Abschiebung bedroht sind? Wie verhielte sich die linksradikale Scene zu dieser Frage (vorausgesetzt sie führte die Diskussion und umfaßte mehr als die 100 berühmtesten Berliner Autonomen). Weiterhin Politik im luftleeren Raum? Selbstmarginalisiert in einer anderen Wirklichkeit. Beamt Euch zurück - bevor es zu spät ist. Sicherlich: die Frage nach Berlin als Regierungsmetropole der Bullen, Bonzen und Bankiers ist nicht neu. Olympia wurde verhindert, die Umstruktrurierung thematisiert. Der Bär fraß die Ringe, aber Eberhard und Helmut laufen immer noch frei herum. Auch das Thema Sozialabbau ist nicht ganz neu. Aber 'Held der Arbeit' wurde noch niemand bei uns, und die Scenequote der werktätigen Bevölkerung ist ja traditionell niedrig. In einer Zeit, in der das Modell Ausstieg und Verweigerung ins Leere läuft, erscheinen die Probleme mit Arbeits- oder Sozialamt mehr als individuelle Kiste. Und die Probleme an der Basis (...) sind wohl vielen so suspekt, weil sie davon gar keine richtige Ahnung haben. Jaja, der alte Mittelschichtsvorwurf und die Angst vor der Welt außerhalb des Sceneghettos.

Nicht ganz zufällig, fast ein bißchen unbemerkt im Stillen, hat sich ein relativ großes Bündnis zu genau dieser Thematik gebildet. Gemeinsam gegen Sozialabbau, Ausgrenzung und Hauptstadtwahn. "SchülerInnen gegen Arbeitsplatzabbau, Lohnabhängige gegen Einsparungen im Bildungs- und Kulturbereich,. Flüchtlinge und MigrantInnen gegen die Ausgrenzung von Behinderten, Studierende gegen Lohnverzicht, Erwerbslose für den Erhalt der soialen Projekte, SozialhilfeempfängerInnen gegen den Tiergartentunnel sowie Behinderte gegen Mietwucher und für Hausbesetzungen" Am 14.12. zogen 10.000 Menschen unter diesem Motto durch Kreuzberg und Friedrichshain, am vergangenen Donnerstag trotz -15 Grad über 7.000. Die Botschaft, die ausgesandt wurde, scheint angekommen zu sein. Für französische Verhältnisse. Hier und demnächst. Hatte man die erste Demo noch totschweigen können, so konnten weder entglaste Bankfilialen, demolierte Luxuskarossen noch Randale im Kaufhof dem Tenor von Tagesspitzel bis Berliner das Wasser trüben: "Ein friedlicher Protest von Kindern, Schülern und Studenten". Na dann. Ihr werdet Euch noch wundern. Der Sommer kommt erst noch...

R.a.t.t.e.n. d.e.r. S.p.r.e.e.


SO! ZU ENDE! TIEF BEWEGT SCHLIESSE ICH DIESE KOSTBARE SCHRIFT...
BÄNG
JETZT NACHDEM ICH DAS GELESEN HABE, WEISS ICH, DASS DAS LEBEN SCHÖN IST UND DER MENSCH AUSSCHLIESSLICH GUT!
NUN GUT... JETZT IST ES AN DER ZEIT, DASS ICH DIE WATTE AUS DEN OHREN NEHME UND MICH NOCH GANZ UNTER DEM EINDRUCK DIESES LEBENS-BORNS DER WELT NEU ÖFFNE!


GUTEN TAG, BE-GLÜCKENDE WELT! ICH BIN SO...